

Sfb 186 report; Nr. 7/ Juli 1998

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1998). *Sfb 186 report; Nr. 7/ Juli 1998*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-21296>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Der Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" der Universität Bremen wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

Elmar Rieger* und Stephan Leibfried**

Wirtschaftliche Globalisierung und Sozialpolitik - Zur Analyse einer Wechselbeziehung am Beispiel der USA

Fe 7856-7



Fe 7856-7

Inhalt

Wirtschaftliche Globalisierung und Sozialpolitik	1
Editorial	2
Jugend, Berufsstart und Delinquenz in Deutschland und den USA	11
Ein Modell zur Rekonstruktion berufsbiographischer Handlungen	18
Nachrichten aus dem Sfb	22
Impressum	24

Lebensläufe sind in Deutschland seit langem in wohlfahrtsstaatliche Sicherungen eingebettet und in ihnen verankert. Seit fast einem Jahrzehnt wird in Deutschland offensiv oder defensiv über "Globalisierung" als *Hebel* grundlegender Sozialpolitikreform öffentlich diskutiert. Auf der einen Seite werden die Veränderungen der *Nachfrage* nach sozialpolitischen Gütern betont: die Individualisierung von Lebensverläufen und die Auflösung traditionaler Formen familialer Arbeitsteilung. Dabei geht es hauptsächlich um *Erweiterungen* der Sozialpolitik. Die andere Seite betont die Notwendigkeit des *Rückbaus* öffentlicher Regulierung und der Verringerung von Transferausgaben, also eine Einschränkung des *Angebots* sozialpolitischer Güter, um der einheimischen Wirtschaft Wachstums- und Innovationschancen zu öffnen. Beide Seiten lassen die funktionalen, wechselseitigen Zusammenhänge außer acht, die zwischen geöffneten (und offen bleibenden) Weltmärkten und den sozialpolitisch organisierten binnengesellschaftlichen Reaktions-, Anpassungs- und Gestaltungschancen bestehen. Die *Schnittstelle* zwischen "Innen" und "Außen" wird zwar regelmäßig als heilsames oder heilloses "Einfallstor" beschworen, aber selten analysiert. In diesem Beitrag sollen diese Zusammenhänge zunächst an dem insoweit kaum bekannten Beispiel der wirtschaftlich mächtigsten Nation im heutigen Weltmarkt nachgezeichnet werden: Bei den USA könnte es zunächst so scheinen, als habe dort "soziale Wohlfahrt" eine im Vergleich zu den (west) europäischen Sozialstaaten nachgeordnete Rolle im Gesamtsystem öffentlicher, marktlicher und privater Wohlfahrtsproduktion. Wie der folgende Beitrag zeigt: Dem ist nicht so - aber manches ist funktionell ganz anders verteilt. Der Sfb 186 möchte mit diesem Beitrag auch die brüchigen "Umwelten" für das jedenfalls in der Sozialpolitikforschung meist als *selbstverständlich vorausgesetzte Verhältnis von Institution und Individuum* zum Thema machen.

* Elmar Rieger arbeitet z. Zt. am Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst sowie am Zentrum für Sozialpolitik und am Sfb 186 der Universität Bremen.

** Stephan Leibfried arbeitet z. Zt. am Wissenschaftskolleg zu Berlin sowie am Zentrum für Sozialpolitik und am Sfb 186 der Universität Bremen.

Neue Entwicklungen

Über eine Reihe von Veränderungen besteht kein Zweifel - trotz tagespolitischer Dramatisierung wirtschaftlicher Sachzwänge und des fachwissenschaftlichen Problems, wie sich Forschungsfragen zu den möglichen und wirklichen Zusammenhängen zwischen neuen Weltmarktverhältnissen und wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der entwickelten Industriegesellschaften der westlichen OECD-Welt adäquat formulieren lassen (Rieger/Leibfried 1997).

Folgende Veränderungen sind hervorzuheben:

- Durch die Vergrößerung der Märkte und die Entstehung globaler Konsummuster werden neue Möglichkeiten der Nutzung von *economies of scale and scope* geschaffen und amortisieren sich Forschungs- und Entwicklungsausgaben schneller.
- Mit der Integration von Wirtschaftsräumen unterschiedlicher Entwicklungsstufen ergeben sich neue Möglichkeiten für eine Verknüpfung von unternehmensspezifischen (kompetitiven) mit landesspezifischen (komparativen) Wettbewerbsvorteilen. Durch Globalisierung übersetzen sich für die Unternehmen geographische Unterschiede der Inputkosten in gesteigerte Chancen, einzelne Elemente der Wertkette in Länder mit komparativen Vorteilen auszulagern.
- Die Verbesserungen der Investitionsbedingungen bedeuten auch neue Möglichkeiten, Kapital anzulegen (Portfolioinvestitionen), über den Aufbau eigener Produktionsstätten im Ausland Marktzutrittschranken zu umgehen, über die Verlagerung von Marketing, Vertrieb und Kundendienst diese Aktivitäten marktspezifisch und kundennah zu organisieren und durch unternehmerische Präsenz im Ausland Lobbypositionen aufzu-

bauen, die vor allem bei der öffentlichen Auftragsvergabe wachsende Bedeutung gewonnen haben (Baron 1997; Proff/Proff 1996; Proff 1997; Ringlstetter/Skrobarczyk 1994).

Neue Herausforderungen der Sozialpolitik?

Was bedeuten diese Veränderungen für die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der entwickelten Industriegesellschaften? Und was für den Handlungsspielraum der nationalen Sozialpolitik? Die Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates, so heißt es, erschwerten es den Unternehmen, sich an die neuen Wettbewerbsverhältnisse anzupassen und organisatorische Innovationen schnell und im nötigen Umfang zu übernehmen. Die sozialpolitische Regulierung der Beschäftigung stärkte das Widerstandspotential derjenigen, die von Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen werden, soziale Rechte wirkten als *disincentives*, und die Formen der Finanzierung von Sozialpolitik im Zusammenspiel mit der Tarifvertragspolitik der "Arbeitsmarktkartelle" schafften Marktzugangsschranken eigener Art (Shlaes 1994). Außerdem stabilisierte die großzügige wohlfahrtsstaatliche Alimentierung einer wachsenden Masse von Arbeits- und Erwerbslosen das Arbeitsmarktkartell, so daß trotz neuer Arbeitsmarkt- und Wettbewerbsverhältnisse die Reallöhne der Arbeitsplatzbesitzer stiegen. Ferner spiegelte die Sozialpolitik in ihren Aggregaten und Strukturen nationalstaatliche Verhältnisse. Die Grundlagen der Nationalstaatlichkeit seien aber inzwischen entfallen: Kapitalverkehrskontrollen, Importbeschränkungen in Form von Zöllen und eine autonome Währungspolitik gehörten endgültig der Vergangenheit an. Damit seien jedoch die Voraussetzungen dafür entfallen, Sozialpolitik ohne weitere Rücksicht auf weltwirtschaftliche Bedingungen zu betreiben (Berthold 1998).

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese 7. Ausgabe des sfb-reports erscheint im 10. Jahr des Bestehens unseres DFG-Sonderforschungsbereichs. In der zurückliegenden, breit und langfristig angelegten Forschungsarbeit über Sozialstruktur und Lebenslauf in Deutschland wurden auch die Fundamente für Ausblicke auf internationale Vergleiche und Einblicke in die Wirkmechanismen zwischen Institutionen und Biographien gelegt. Einige unserer Projekte haben bereits reichlich internationale Erfahrungen gesammelt, für andere stellt diese Blickerweiterung eine reizvolle Perspektive für die weitere Forschungsarbeit dar.

Wir gehen davon aus, daß der Gefahr vorschneller Konvergenz- oder Divergenzdiagnosen von Lebensläufen begegnet werden kann, wenn kulturelle Muster und (sozial)politische Strukturen durch sorgfältige Institutionenvergleiche und Kontextanalysen spezifiziert bzw. kontrastiert werden.

Zwei der folgenden Beiträge geben einen Einblick in Konzepte und Praxis international vergleichender Studien. Elmar Rieger und Stephan Leibfried analysieren Globalisierungstendenzen und entwerfen einen Orientierungsrahmen für eine international kontrastierende Lebenslauforschung am Schnittpunkt zur Sozialpolitik. Gewissermaßen vom anderen Ende her, aus dem Forschungsalltag nämlich, berichten Beate Ehret und Karl F. Schumann über Erfahrungen in ihrem Kooperationsprojekt mit der University of Colorado in Boulder. Im dritten Beitrag dieses sfb-reports entwickelt Andreas Witzel auf der Grundlage einer Längsschnittstudie über Berufsverläufe junger Fachkräfte ein Analysemodell zur Erklärung berufsbiographischer Handlungen.

W. R. Heinz

Prof. Dr. Walter R. Heinz
Sprecher des Sfb 186

Eine soziologische Perspektive auf die Entwicklung der Sozialpolitik

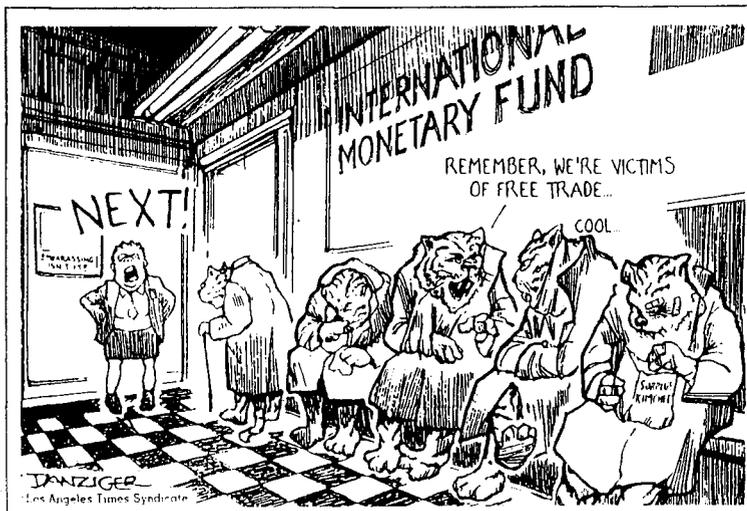
Was ist von diesen Argumenten zu halten? Erstens ist Vorsicht angebracht, weil sich die Bedingungsverhältnisse der einzelnen Elemente dieser scheinbar eindeutigen Konstellation stets ändern können. Die gegenwärtige Kosten-Nutzenrechnung, was Sozialpolitik und weltwirtschaftliche Verhältnisse betrifft - die angeblich ohne Zweifel zu Lasten der traditionellen Sozialpolitik geht -, kann sich sehr schnell umkehren. Wie zuerst das Beispiel Japan und dann die Beispiele der südostasiatischen Länder gezeigt haben, können sich Vorteile institutioneller Arrangements von Markt und Sozialpolitik in kurzer Frist in Nachteile verkehren. Gerade weil die neuen globalen Marktverhältnisse sehr schnelle,

gleichgerichtete und deshalb sehr wirkungsvolle Reaktionen großer Gruppen unabhängiger Akteure ermöglichen, können sich praktisch über Nacht nationale Wettbewerbsvorteile in ihr Gegenteil verwandeln. Dann erst zeigt sich der besondere Wert ausgebauter wohlfahrtsstaatlicher Sicherungseinrichtungen: Diese "Puffer" geben den betroffenen Gesellschaften Zeit und Handlungsspielräume für den Umbau der institutionellen Infrastruktur ihrer Wirtschaft und ihrer Unternehmen. Schon Karl Polanyi hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Tempo von Veränderungsprozessen die kritische Variable für erfolgreiche Anpassungsstrategien darstellt (1977: 64-5).

Zweitens, und für das Verständnis der gegenwärtigen Situation der Wohlfahrtsstaaten und die Handlungsspielräume ihrer Sozialpolitik wichtiger: *Das Verhältnis von Sozialpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung ist strukturell offen.* Die Konsequenzen sozialpolitischer Interventionen und der Institutionalisierung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen folgen keiner einsinnigen Logik. Sozialpolitik ist eine eigenständige Größe. Weder ihre Antriebe

über Produktivität, Gewinne und Abschöpfungschancen für Steuern und Sozialabgaben auf ihre Weise darüber, welche Sozialpolitik und wieviel davon tragbar ist. In beiderlei Hinsicht wird aber insofern in einem offenen Raum agiert, als sich erst an den Konsequenzen - Armut, soziale und regionale Ungleichheitslagen sowie Massenarbeitslosigkeit, Kapitalflucht und Schattenwirtschaft - zeigt, wie Verschiebungen im Verhältnis von Sozialpolitik und

Marktwirtschaft bzw. von Regulierungen und Deregulierungen sich auswirken. Aber auch dann ist es selten möglich, Wirkungen auf Ursachen eindeutig zuzurechnen und die entsprechenden politischen Handlungsempfehlungen abzuleiten. Dies liegt in der Natur einer Sache, die durch dynamische Wechselverhältnisse, nicht aber durch einsinnige Abhängigkeiten geprägt ist. Außerdem haben auf beiden Seiten die institutionellen Verhältnisse und die Organisationen kollektiven Handelns ein erhebliches Eigengewicht, was die Möglichkeiten des Umgangs mit Herausforderungen betrifft.



noch ihr Umfang wird allein oder auch nur hauptsächlich von betrieblichen Rentabilitätschancen und von Produktionsfortschritten bestimmt. Sie richtet sich nach sozialen Bedürfnissen, die ihren Ursprung in bestimmten Mängelungen haben. Für die Nachfrage nach sozialpolitischen Gütern sind die Verteilungsergebnisse der Marktwirtschaft die Ursache, aber nicht der Maßstab des sozialpolitisch Möglichen (Marshall 1992a, b). Abgesehen davon, daß sich, wie erwähnt, Vorteil-Nachteil-Relationen verkehren können, gibt es regelmäßig Bedingungs- und Anpassungsleistungen, die in beiden Richtungen verlaufen: Sozialpolitische Interventionen und Einrichtungen setzen den Unternehmen neue Daten, was die Möglichkeiten betrieblicher Leistungserbringung betrifft, und Märkte urteilen

Das Beispiel der USA liefert für die Wechselbeziehungen zwischen Sozialpolitik und Marktentwicklung in mehrfacher Hinsicht aufschlußreiches Anschauungsmaterial:

- Zunächst zeigt die Entwicklung der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik seit dem Ende des Bürgerkriegs, wie der Zollpolitik sozialpolitische Funktionen zugeschrieben wurden, wie ferner über die Einführung bundesstaatlicher Sicherungseinrichtungen ein bis dahin nicht vorhandener Handlungsspielraum für eine liberale Außenwirtschaftspolitik geschaffen wurde, und wie schließlich bestimmte Eigenheiten dieser Außenwirtschaftspolitik - hauptsächlich ihre hochgradig heterogene Struktur, was die verschiedenen Sektoren der amerikanischen Wirtschaft betrifft, ihre ausgeprägt vo-

luntaristisch-unilaterale Ausrichtung und ihre vielfältigen sozialpolitischen Kompensationsmechanismen - auf bestimmte Defizite in der Bandbreite und in der Effizienz des amerikanischen Wohlfahrtsstaates selbst zurückgeführt werden können.

Dann zeigt die jüngste Entwicklung der amerikanischen Handelspolitik, in welcher Weise Institutionen der Sozialpolitik als Voraussetzung dafür wirksam werden können, Handelsschranken zu senken und eine Verstärkung der Importkonkurrenz zuzulassen.

Endlich zeigt eine bisher wenig beachtete Entwicklung auf dem Gebiet der amerikanischen *fiscal welfare*, welche neuen Strukturformen von Sozialpolitik mit den neuen Markt-, Betriebs- und internationalen Konkurrenzverhältnissen größere Kompatibilitäts- und damit auch Durchsetzungschancen haben als die traditionellen Interventions- und Transferprogramme von Sozialversicherung und Sozialhilfe.

Der Protektionismus der USA

Nach England, das es allerdings bald überflügeln sollte, waren die USA das kapitalistische Land par excellence. Hier konnten sich Kapitalismus und Marktwirtschaft ungehindert von Traditionen ständischer Sozialorganisation

und absolutistischer Staatsintervention die gesellschaftlichen Verhältnisse formen, die ihnen maximale Entwicklungschancen boten. Aber in einer Hinsicht folgten die Vereinigten Staaten nicht dem Vorbild Englands: Die USA blieben bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hochgradig abgeschlossen und in ihrer Entwicklung ganz auf sich selbst bezogen. In Tabelle 1 zeichnen wir den Grad der weltwirtschaftlichen Integration der USA in verschiedenen Perioden nach.

Die Integration der amerikanischen Wirtschaft in weltwirtschaftliche Zusammenhänge ist wesentlich ein junges Phänomen. Die institutionellen Grundlagen, die auch heute noch die Handelspolitik bestimmen, wurden im New Deal geschaffen. Der *Reciprocal Trade Agreement Act (RTAA)* 1934 markierte einen scharfen Bruch mit dem bis dahin wirksamen Regime eines Hochprotektionismus und wurde zum Ausgangspunkt der amerikanischen Bemühungen um eine neue liberale Weltmarktordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, die 1947 zum *General Agreement on Trade and Tariffs (GATT)* führte.

Allerdings zeigt bereits der Blick auf die zeitgenössische Literatur, daß die sozialpolitische Legitimierung der Zollpolitik eine Sache ist, ihre wohl-

fahrtlichen Auswirkungen aber eine andere. Die Hauptnutznießer waren bestimmte Produzentengruppen, denen über die Zollpolitik Möglichkeiten in die Hand gegeben wurden, sich als Kartelle zu organisieren, was dann allerdings in den betrieblichen Verhältnissen zum Nachteil der Arbeiter ausschlug (Levy 1905; Hobson 1907). Im Vergleich zu Kontinentaleuropa waren die Vereinigten Staaten jedoch ein Hochlohnland - und deshalb auch ein entsprechend gesuchtes Einwanderungsland. Der wohl entscheidende Faktor dieser Begründung und Formung protektionistischer Außenwirtschaftspolitik ist die frühe Demokratisierung der USA und die Herausbildung eines Zweiparteiensystems, für das die sozialen Bedürfnisse von Lohnarbeitern ein zentrales Datum ihrer Konkurrenz um Stimmen darstellte. Die ausdrücklichen sozialpolitischen Funktionen der Zollpolitik sind deshalb mit ein Grund dafür, warum die USA bis zum New Deal Franklin Delano Roosevelts keine bundesstaatliche Sozialpolitik nach dem Muster Bismarcks oder Lloyd Georges einführten. Die Sozialpolitik des New Deal, insbesondere die neuen allgemeinen Sozialhilfesysteme und die ebenfalls allgemeine, aber unter der Regie der Einzelstaaten verbleibende Arbeitslosenversicherung (Eichenhofer 1990), verschafften der amerikanischen Regierung aber um-

Tabelle 1: Die Weltmarktintegration der USA, des Vereinigten Königreichs und Deutschlands*

Land	1913	1950	1970	1987	1995
USA	3,9	2,9	4,4	7,4	11,8
Vereinigtes Königreich	27,7	13,1	16,6	21,1	23,8
Deutschland	19,9	9,8	17,4	23,3	22,8

* Durchschnitt aus Export und Import von Gütern, in Prozent des Bruttosozialprodukts.

Quelle: Krugman (1995: 331) und eigene Berechnung nach International Monetary Fund, *International Financial Statistics Yearbook* (1997).

gekehrt die Möglichkeit, vom Protektionismus zunehmend abzurücken und eine liberale Außenwirtschaftspolitik durchzusetzen und zu betreiben (Lusztig 1996: 49-70).

Mit der frühen sozialpolitischen Wendung der (Außen-)Wirtschaftspolitik wurde in den USA ein Prinzip dominant, das Warner Corden (1974) die *konservative Wohlfahrtsfunktion* nennt. Damit bezeichnet er folgende Maxime des Regierungshandelns: Jegliche irgendwie bedeutsame absolute Verminderung der Realeinkommen nennenswerter Teile der Bevölkerung ist zu vermeiden. Nach Corden ist dies "konservativ", weil damit nicht ausdrücklich aber doch faktisch weitgehend die bestehende Einkommensverteilung als die bestmögliche, eben die einzig erhaltenswerte, dargestellt wird. In einer solchen Wohlfahrtsfunktion werden Einkommenseinbußen sehr viel höher gewichtet als Einkommenserhöhungen.

Mit der "konservativen Wohlfahrtsfunktion" sollen die sozialen Funktionen der Zollpolitik, also hauptsächlich die Einkommens- und Beschäftigungssicherung, erklärt werden. Für uns ist diese Vorstellung deshalb wichtig, weil sie deutlich macht, welche (entlastende) Bedeutung die Einführung von Sozialpolitik für die Außenwirtschaftspolitik haben kann. In dem Maße, wie sich soziale Ziele über eigene Formen von Sozialpolitik verwirklichen lassen, können Regierungen darauf verzichten, in ihrer Außenwirtschaftspolitik Zölle und andere Instrumente einzusetzen, mit denen der Importdruck auf die einheimische Wirtschaft reguliert wurde. Gleichzeitig schlagen Zollsenkungen innenpolitisch in niedrigeren Preisen für Verbraucher und für Vorprodukte der Industrie durch. Anders ausgedrückt, über Sozialpolitik versetzt sich ein Land überhaupt erst in die Lage, eine größere Weltmarktintegration zuzulassen und die Vorteile internationaler Arbeitsteilung zu genießen. Die sozialpolitischen und die außenwirtschaftspolitischen Initiativen Roosevelts *sta-*

bilisierten sich gegenseitig: Einmal wurden überhaupt die Grundlagen für eine Öffnung der amerikanischen Märkte im Austausch gegen entsprechende Exportchancen der amerikanischen Wirtschaft geschaffen, und dann schlugen sich die neuen Wachstumschancen der Wirtschaft auch als eine Erweiterung sozialpolitischer Handlungsspielräume nieder.

Handelspolitische Kompensation für wohlfahrtsstaatliche Defizite

Die amerikanische Handelspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war keine reine Freihandelspolitik (Goldstein 1988). Zum einen hatte diese Politik schon einen Geburtsfehler: Die *Landwirtschaft* war bereits vom RTAA ausgeschlossen, und dieser Ausschluß schlug sich in der Struktur des GATT nieder, als die USA für ihre nach wie vor protektionistische Agrarpolitik von den Vertragsparteien des GATT einen *waiver*, eine Ausnahmegenehmigung, verlangte und erhielt (Dam 1970: 260). Mit dieser Herausnahme der Landwirtschaft aus der neuen liberalen Welthandelsordnung wurde das Schicksal der Agrarpolitik insgesamt - auch in der sich entwickelnden Europäischen Gemeinschaft - besiegelt. Sie genießt bis heute einen Sonderstatus. Der Grund für die USA und später für die meisten anderen Länder, am agrarpolitischen Protektionismus festzuhalten, war der Umstand, daß die Erwerbstätigen dieses Sektors zwar sozial und wirtschaftlich verwundbar sind, es für sie aber keine eigenständigen - oder seinerzeit nur sehr unzureichende - Einrichtungen eines Einkommenschutzes gab. Hier sind Zölle, Quotenregelungen, Garantiepreise und Exportsubventionen nach wie vor die wichtigsten Mittel, mit denen Regierungen versuchen, Ziele zu erreichen, die in Erwerbsverhältnissen anderer Sektoren durch Sozialversicherung und Sozialhilfe nicht nur besser, sondern außenwirtschaftlich auch neutraler erfüllt werden.

Neben dieser Sonderrolle der Agrarpolitik zeichnet sich die Handelspolitik der USA in der Nachkriegszeit trotz ihrer prinzipiell freihändlerischen Orientierung dadurch aus, daß alle größeren Veränderungen in der Außenwirtschaftspolitik, von den verschiedenen GATT-Runden bis zur NAFTA, von *sozialpolitischen Kompensationsleistungen* begleitet wurden. Dieser Mechanismus nahm verschiedene Formen an: Einmal wurden manchmal sehr umfangreiche Spezialprogramme für den Einkommensschutz und die Umqualifizierung von Arbeitern eingeführt, die aufgrund der verstärkten Importkonkurrenz ihren Arbeitsplatz verlieren würden (Jackson 1989: 174-182). Ferner fiel die Senkung der Zollschränken in jenen Sektoren, die besonders beschäftigungsintensiv waren, regelmäßig niedriger aus als in anderen, in denen weniger Arbeitsplätze gefährdet waren (Bhagwati 1989: 77). Schließlich war die Vereinbarung sogenannter "freiwilliger Exportbeschränkungen" ein wichtiges Mittel, durch befristetes Aussetzen von Importkonkurrenz Zeit für betriebliche Anpassungsprozesse zu gewinnen, etwa für Umstrukturierungen und die Requalifizierung der Beschäftigten (Tonelson 1994).

Dieser Zuschnitt der amerikanischen Handelspolitik spiegelt bestimmte Strukturmerkmale bzw. Defizite des amerikanischen Wohlfahrtsstaates wider. Zum einen ist die Arbeitslosenversicherung kaum mit ihren kontinental-europäischen Pendanten vergleichbar: Ein Drittel der amerikanischen Arbeiter werden von ihr überhaupt nicht erfaßt, die Lohnersatzraten sind niedrig, und die Leistungsdauer beschränkt sich auf wenige Wochen - und eine "aktive Arbeitsmarktpolitik" gibt es nicht (Schmid u.a. 1992). Zum anderen sind die horizontal (nach Problemarten bzw. -gruppen) und vertikal (Verteilung der Zuständigkeiten im föderalen System) fragmentierten Sozialhilfeprogramme kaum auf die Risiken und Bedürfnisse großer Teile der Arbeiterschaft zugeschnitten. Sie konzentrieren sich auf

die Randlagen der Bevölkerung: Minoritäten und unvollständige Familien - wobei beides regelmäßig überlappt (Marmor u.a. 1990). Jede handelspolitische Initiative, die sich mit einer Gefährdung von Arbeitsplätzen und von relativen Lohnpositionen in Verbindung bringen läßt, hat nur dann eine Chance, vom Abgeordnetenhaus und Senat beschlossen zu werden, wenn sie von entsprechenden sozialen Ausgleichsleistungen begleitet wird. Die Ambivalenz und die Widersprüche der amerikanischen Handelspolitik sind u.a. bestimmt durch ein wohlfahrtsstaatliches System, das in den Augen der Arbeitnehmer keinen ausreichenden Sozialschutz bietet - und so werden den Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik sozialpolitische Fesseln angelegt.

Der handelspolitische *backslash* 1997

Die für amerikanische Verhältnisse sehr weitgehende Öffnung der Märkte und der damit verbundene Druck der Importkonkurrenz hätte ohne die sozialpolitischen "Puffer" der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfen kaum so stattfinden können, wie sie tatsächlich zu beobachten war. Die im letzten Abschnitt beschriebenen Mechanismen sind nur *Zusatz*einrichtungen, die für sich genommen keine liberale Handelspolitik zugelassen hätten. Für diese Vermutung spricht eine jüngere Episode der amerikanischen Handelspolitik, der Beobachter eine größere Bedeutung für die weitere Entwicklung der Außenwirtschaft zu messen als dem Scheitern der Krankenversicherungsreform in der ersten Amtszeit Clintons ("Clinton Rebuked", International Herald Tribune, 12. November 1997, S. 8). Im November 1997 verweigerte der amerikanische Kongreß Präsident Clinton die Ermächtigung für eine *fast track*-Gesetzgebung in der Handelspolitik. *Fast track*-Gesetzgebung bedeutet, daß über Gesetzesvorschläge insgesamt vom Kongreß entschieden werden muß. Repräsentantenhaus und Senat können nicht nach-

Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis

edited by Hans-Peter Blossfeld and Gerald Prein

The relationship between rational choice theory and large-scale data analysis has become an important issue for sociologists. Though rational choice theory is well established in both sociology and economics, its influence on quantitative empirical sociology has been surprisingly limited. This book examines why there is hardly a link between the two and discusses how they could be more fruitfully integrated in the future.

Contents: **INTRODUCTION.** The Relationship Between Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis: Past Developments and Future Perspectives, **Hans-Peter Blossfeld and Gerald Prein.** **LINKING RATIONAL CHOICE THEORY AND QUANTITATIVE SOCIOLOGY.** The Quantitative Analysis of Large-Scale Data Sets and Rational Action Theory: For a Sociological Alliance, **John H. Goldthorpe.** The Influence of Simplification on Explananda: Phenomenon-Centered Versus Choice-Centered Theories in the Social Sciences, **Siegwart Lindenberg.** Rational Choice, Situational Analysis, and Empirical Research, **Peter Hedström and Richard Swedberg.** Thresholds and Mechanisms: A Comment on Hedström and Swedberg's Chapter, **Robert Erikson.** Why are Bridge Hypotheses Necessary? **Hartmut Esser.** Bridge Assumptions in Rational Choice Theory: Methodological Problems and Possible Solutions, **Udo Kelle and Christian Lüdemann.** **LARGE-SCALE DATA SETS, RARE EVENTS, AND QUALITATIVE RESEARCH.** Causal Analysis and Comparative Research: What Can We Learn from Studies Based on a Small Number of Cases? **Stanley Lieberson.** Causality, Comparisons, and Bad Practices in Empirical Social Research: A Comment on Stanley Lieberson's Chapter, **Karl Ulrich Mayer.** Case-Oriented Research and the Study of Social Action, **Charles C. Ragin.** **EMPIRICAL ANALYSES USING RATIONAL CHOICE THEORY.** The Need of Data Analysis for Rational Action Theory: Pros and Cons, **Anthony Heath.** Bringing Individuals Back into Sociology: Three Aspects of Cohesion in Dutch Society During the 20th Century, **Wout Ultee.** Can and Should Rational Choice Theory Be Tested by Survey Results?: The Example of Explaining Collective Political Action, **Karl-Dieter Opp.** **RATIONAL CHOICE THEORY AND LONGITUDINAL RESEARCH.** A Dynamic Integration of Micro- and Macro-Perspectives Using Longitudinal Data and Event History Models, **Hans-Peter Blossfeld.** Modeling Rational Action: A Longitudinal Approach, **Gerald Prein.** Modeling the Dynamics of Micro-Social Change: Results of a Three-Wave Intervention Study of Travel-Mode Choice in a Region, **Sebastian Bamberg and Peter Schmidt.** **FUTURE PERSPECTIVES.** The Future of Rational Choice Theory and its Relationship to Quantitative Macro-Sociological Research, **Michael Hechter.**

Westview Press

February 1998; 336 pages; 0-8133-9027-3, £ 46.50, \$ 86.00 (Can.), hc;

Rights: world; *Social Inequality Series*

Special 20 % Discount Price: \$ 48.00 (U.S. Orders Only)

träglich bestimmte *package deals* (Verhandlungspakete) aufschneiden bzw. zusätzliche Forderungen als Preis für die Verabschiedung eines Gesetzes stellen. In der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik war seit dem RTAA die *fast track*-Ermächtigung die Grundlage dafür, daß die USA überhaupt mit anderen Staaten handelspolitische Ver-

einbarungen treffen konnten. Solange jeder "deal" zwischen Regierungen durch innen- und interessenpolitisch motivierte Nachverhandlungen im Kongreß verwässert werden kann, läßt sich kein Staat auf Gespräche über einen Handelsvertrag mit der amerikanischen Regierung ein. Das Scheitern der Ermächtigung für die *fast track*-Ge-

setzung führte unmittelbar zum Abbruch der Verhandlungen mit den mittel- und südamerikanischen Staaten über eine Erweiterung der NAFTA und eine stärkere Integration Lateinamerikas in den nordamerikanischen Handelsraum.

Die Gegner der *fast track*-Ermächtigung stellten entscheidend darauf ab, welche sozialen Konsequenzen eine weitere Senkung der außenwirtschaftlichen Schranken gegenüber Ländern mit niedrigeren Lohn- und Sozialleistungsstandards haben würde: weitere Absenkungen des Lohnniveaus, höhere wirtschaftliche Unsicherheit und steigende Arbeitslosigkeit. Das konnte nicht zuletzt deshalb durchschlagen, weil nach dem Radikalumbau 1996 die amerikanischen Sozialhilfen (Alleinerziehendenhilfe, Nahrungsmittelhilfe usw.) in keiner Weise mehr als Schutzmechanismen wahrgenommen werden, die die sozialen Auswirkungen einer hochgradig wettbewerbsorientierten kapitalistischen Arbeitskraftbewirtschaftung

abpuffern und bearbeitbar machen. Die Sozialhilfereform, die 1996 als *Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act* verabschiedet wurde, erfüllte tatsächlich das Versprechen: *Ending Welfare as We Know It*: Die Überführung des unter Roosevelt eingeführten *Aid for Families With Dependent Children (AFDC)* in *Temporary Assistance to Needy Families (TANF)* lief auf ein Streichen der Politik des New Deal und der Great Society hinaus: mit ihrer grundsätzlichen Beendigung von Leistungen unabhängig von individueller Bedürfnislage nach spätestens 5 Jahren, der Verschärfung von Arbeitserzwingung für Leistungsempfänger in den Sozialhilfen, der Befristung der Nahrungsmittelhilfe und den neuen Ermächtigungen der Einzelstaaten zu weitergehenden Reformen (Gebhardt 1997; Kamerman/Kahn 1997). Auf dem Hintergrund eines ohnedies recht schwach ausgebauten Sozialschutzes bedeuteten die Reformen einen einschneidenden Verlust sozialer Rechte, schränken die

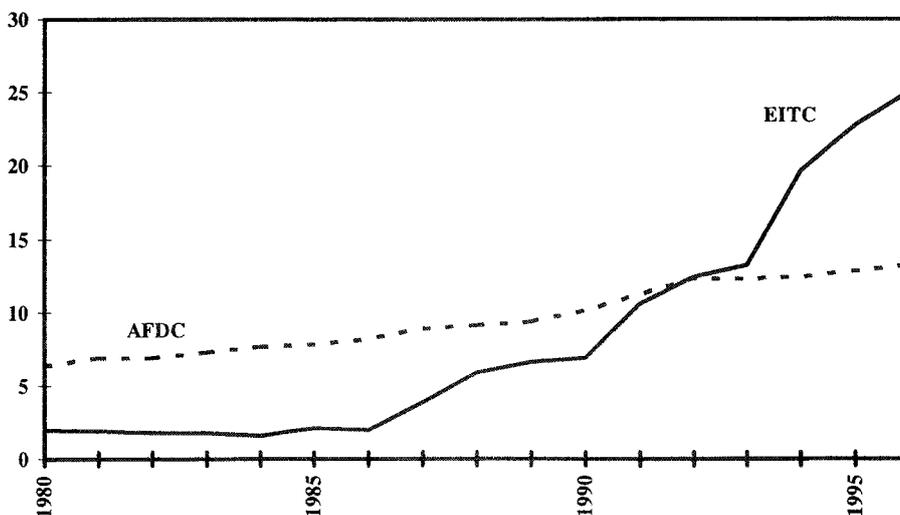
Chancen, einen Arbeitsplatzverlust auszugleichen, weiter ein und vergrößern damit die Risiken nicht nur von Einkommens-, sondern auch von Statusverlusten. Präsident Clinton reagierte ausdrücklich auf diese neue sozialpolitische Lage, als er versprach, in seine Handelsinitiative soziale Spezialprogramme - Bundesmittel für regionale bzw. sektorspezifische passive und aktive Arbeitsmarktpolitiken - einzuplanen, die den möglichen negativen Konsequenzen verstärkter Weltmarktintegration begegnen sollten. Solche Absichtserklärungen reichten weder den demokratischen noch den republikanischen Abgeordneten aus.

Diese Entwicklung illustriert: Der Preis für den Abbau allgemeiner Sozialschutzzinstrumente kann wachsender handelspolitischer Sozialprotektionismus sein. Wenn sich die Importkonkurrenz verschärft und gleichzeitig soziale Sicherungseinrichtungen rückgebaut werden, übersetzen sich die wirtschaftlichen Gefährdungspotentiale, was Arbeitsplätze und Einkommen betrifft, sehr leicht und unmittelbar in Forderungen nach außenwirtschaftlicher Schließung (Dale 1997; Friedman 1997; Glassman 1977; Pfaff 1997; Scott 1997).

Die neue Sozialpolitik: negative Einkommenssteuer (EITC)

Die zwei hauptsächlichen Formen wohlfahrtsstaatlicher Einkommenstransfers sind Sozialversicherungen und Sozialhilfe. Die Sozialversicherungen sind regelmäßig beitragsfinanziert, schließen unmittelbar an den Arbeitsvertrag an, und sie orientieren sich an der Erhaltung des Lebensstandards im Fall vorübergehenden oder endgültigen Ausschei-

Abbildung 1: Ausgaben des US-Bundesstaates für AFDC und EITC, 1980-1996 (in Mrd. Dollar)



*Bei den Zahlen für die Jahre 1993 bis 1996 handelt es sich um Voranschläge. Die Ausgaben für AFDC enthalten weder die Ausgaben der Einzelstaaten noch die Verwaltungskosten.
Quelle: Myles und Pierson (1997: 450).

dens aus dem Erwerbsleben. Die Sozialhilfen schließen an Bedürftigkeit an und sichern ein sozial definiertes Existenzminimum. Beide Sicherungsformen haben viel von ihrer ursprünglichen Legitimität und Rationalität verloren: Unter dem kombinierten Einfluß demographischer Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerungen der entwickelten Wohlfahrtsstaaten und des Wandels der Arbeitsmärkte - Arbeitslosigkeit, flexible und unsichere Beschäftigungsformen - wurden Sozialversicherungen zu gleichermaßen teuren und schwerfälligen Einrichtungen. Teuer, weil sie als Lohnnebenkosten zu Buche schlagen und schwerfällig, weil sie als Besitzstände großer Bevölkerungsgruppen durchschlagende innere Reformen nicht zulassen und weil sie gegenüber einem Umbau des Wohlfahrtsstaates insgesamt von staatlicher zu marktlicher Produktion sozialpolitischer Güter weitgehend resistent sind. Sozialhilfeprogramme können insofern kontraproduktiv sein (zu den Grenzen dieser Argumentation s. Leibfried/Leisering u.a. 1995; Leisering/Walker 1998), als sie einmal als Armutsfallen wirken und ihre Klienten in ihrem Status fixieren, anstatt sie in Arbeitsmärkte zu integrieren und weil sie durch ihre Leistungen als *disincentives* wirken und damit die Funktionsfähigkeit von Arbeitsmärkten untergraben. Die im vorhergehenden Abschnitt skizzierte grundlegende Revision einiger amerikanischer Sozialhilfen wurde mit eben solchen Argumenten begründet. Wie Abbildung 1 zeigt, ist inzwischen das AFDC als eines der vordem wichtigsten Sozialhilfeprogramme durch ein Maßnahmensystem überlagert worden, mit dem ein neuer Weg in der Sozialpolitik beschritten wird: Der *Earned Income Tax Credit (EITC)* ist eine bundesstaatliche, landesweit einheitlich festgesetzte negative Einkommenssteuer. Wenn das Arbeitseinkommen einen bestimmten Satz unterschreitet, schießt das Finanzamt Einkommen zu - eine

Art "Finanzamts-Kombilohn". Hier werden also systematisch Löhne subventioniert, so wie es erstmals mit dem „Speenhamland System“ in den meisten Grafschaften Südenglands an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in großem Maßstab durch die damals üblichen Instrumente sozialer Sicherung geschah (Polanyi 1977: 113-147). In den USA ist dieses Programm, stellt man auf die Empfängerzahl ab, zum größten Sozialhilfeprogramm überhaupt aufgestiegen. Im monatlichen Durchschnitt des Jahres 1994 zählte es 54 Mio. Leistungsempfänger, gegenüber 34 Mio. bei der bedürftigkeitsgeprüften Krankensozialhilfe (Medicaid), 14 Mio. beim AFDC, und nahezu 29 Mio. bei der Nahrungsmittelhilfe (*Food Stamps*) (Statistical Abstracts of the United States 1996: 371). Im Süden der USA, dem traditionellen Niedriglohngebiet, erhielten 1992 16,6% aller Steuerpflichtigen EITC-Leistungen, wobei sich der jährliche Durchschnitt auf 954 \$ belief. Im Nordosten erhielten 8% der Steuerpflichtigen Leistungen (865 \$), im Mittleren Westen 10% (890 \$) und im Westen 11% (895 \$) (Myles/Pierson 1997: 463). Obwohl die (nicht nur politische) Stimmung allgemein gegen Sozialpolitik eingestellt war, entging EITC nicht nur den einschneidenden größeren (Sozialhilfe) und kleineren (Sozialversicherungen) *retrenchments*. Das EITC wurde, ganz im Gegenteil, in mehreren Schritten ausgebaut. Die entsprechenden Gesetzesinitiativen wurden von republikanischen und demokratischen Abgeordneten getragen. Eine etwa vorhandene partei- bzw. interessenpolitische Differenzierung läßt sich nicht ausmachen, weil die Programmausweitungen jeweils Bestandteil umfangreicher *package deals* waren. Die politische Funktion des EITC-Ausbaus läßt sich daran ablesen, daß die Erweiterungen immer im Gleichschritt mit Steuersenkungen erfolgten, die die Besitz- und Mittelklassen begünstigten (Myles/Pierson 1997).

Es sind vor allem drei Umstände, die EITC besondere Einführungschancen gaben und ihm ein höheres Maß an Verträglichkeit mit den neuen betrieblichen und wirtschaftlichen Wettbewerbsverhältnissen verleihen.

- Zuerst ist die *sozialpolitische Effektivität* zu nennen. *Disincentives*, also Anreize, den Lebensunterhalt außerhalb des Arbeitsmarktes über den Wohlfahrtsstaat zu bestreiten, sind *qua Definition* ausgeschlossen: Voraussetzung für den Empfang dieser Leistung ist das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses. Die amerikanische Version der negativen Einkommenssteuer enthält gerade *keine* Elemente eines "garantierten Mindesteinkommens" für *alle* Bürger.¹
- Ferner ist die *sozialpolitische Effizienz* anzuführen. Das EITC ist technisch *relativ einfach zu organisieren*, weil es ein *Teil der Finanzverwaltung* ist. Anders als bei anderen Sozialhilfen erzwingt das, daß die (personal)aufwendige Überwachung der persönlichen Lebensführung unterbleibt. Der vergleichsweise geringe Aufwand an Budgetmitteln - 1994 schlugen allein die Kosten der Nahrungsmittelhilfe mit über 27 Mrd. \$ zu Buche - gefährdet weder das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts, noch steht er dem Ziel eines "schlanken" Staats entgegen.
- Schließlich läßt sich das EITC *unmittelbar mit einer leistungs- und*

¹ Der "Arbeitsbezug" macht dieses Modell auch für die deutsche Politik interessant (s. Zukunftskommission 1998: 223-268). Die gleichzeitige Zersetzung des Existenzminimums für Nichtarbeitende, die in den USA seit langem stattgreift und das EITC indirekt privilegiert, wird allerdings in Deutschland auf politischen und verfassungsrechtlichen Widerstand treffen. Da in Deutschland eine bessere und sicherere allgemeine Grundversicherung durch Sozialhilfe besteht, könnte sich hier die Effektivität einer arbeitsbezogenen Zusatzsicherung anders ausnehmen.

Ein Klassiker der Lebenslaufforschung,
neu editiert und durchgesehen:

2. Auflage 1998

Status Passages and the Life Course

Edited by Walter R. Heinz

Volume I:

Walter R. Heinz (ed.)

Theoretical Advances in Life-Course Research

Contributions by Regina Becker-Schmidt, Glen H. Elder, Gunhild Hagestad, Walter R. Heinz, René Levy, Myra Marx Ferree, Karl Ulrich Mayer, Rosemarie Nave-Herz, Carol B. Stack/Linda Burton.
Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1991. 160 p. Pb DM 34.- / S 265.-/SFr 34,20.- / £11 / \$ 19.-
(3 89271 274 3)

gesamt ist dies ein Plädoyer für eine erweiterte Sicht der Sozialpolitikanalyse und der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Sie will anregen, die außenwirtschaftliche Dimension von Gesellschaften als Bestimmungsfaktor ihrer wohlfahrtsstaatlichen und wohlfahrts-gesellschaftlichen Entwicklung ernst zu nehmen. Die "nationalen Schalen", die das Verhältnis von Institution und Individuum - und damit die institutionalisierten Lebensläufe - bislang eingefaßt haben, sind in der allgemeinen und besonders in der europäischen wirtschaftlichen (Teil-)

Globalisierung nicht nur dünner und durchlässiger geworden, sie beginnen sich auch neu zu ordnen. Das ist eine Herausforderung an die Sozialpolitikforschung, aber auch an die Soziologie.

Literatur

- Baron, David P. (1997): *Integrated Strategy, Trade Policy, and Global Competition*, *California Management Review* 39, 145-169.
- Bergeijk, Peter A. G. van, Nico W. Mensink (1997): *Measuring Globalization*, *Journal of World Trade*, 159-168.
- Berthold, Norbert (1998): *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Bhagwati, Jagdish (1988): *Protectionism*, Cambridge, MA und London: MIT Press.
- Corden, Warner M. (1974): *Trade Policy and Economic Welfare*, Oxford: Oxford University Press.
- Dale, Reginald (1997): *Free Trade's Enemies Polish Their Act*, *International Herald Tribune*, 14. November 1997, 13.
- Dam, Kenneth W. (1970): *The GATT. Law and International Economic Organization*, Chicago and London: The University of Chicago Press.

wettbewerbsorientierten Betriebsorganisation verknüpfen. Diese Organisation verspricht in der neuen globalen Konkurrenz desto wirksamer zu sein, je weniger die Sozialpolitik Arbeitnehmern *exit*- und *voice*-Optionen gegenüber Entscheidungen der Betriebsführung einräumt und je stärker die Anreizmechanismen betrieblicher Steuerung wirken können (Ramaswamy 1994).

Ausblick

Ein Blick auf die USA kann helfen, die Diskussion über Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat in Deutschland in eine deutlich veränderte Perspektive zu stellen und zu bereichern. Wir skizzierten, daß sich die Wirkungen institutionalisierter Sozialpolitik, was die Funktionsfähigkeit und die Dynamik der Marktwirtschaft betrifft, einer eindeutigen Kalkulation *strukturell* entziehen. Sozialpolitikrückbau kann in Protektionismus münden. Außerdem gaben wir Hinweise darauf, daß der tatsächliche

organisatorische Zuschnitt sozialpolitischer Intervention und Transfers entscheidend für die Pufferungswirkung ist. Der real existierende Wohlfahrtsstaat ist eine kritische Variable einmal für die Wahrscheinlichkeit kontraproduktiver Verhaltensänderungen tatsächlicher und potentieller Leistungsempfänger des Wohlfahrtsstaates, und er erleichtert oder erschwert eben den Umbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen als Anpassungsreaktionen an neue betriebliche und marktliche Herausforderungen, weil er *exit*- und *voice*-Positionen schafft.

Die Globalisierung selbst erzwingt weder das richtige Maß noch die richtige Form von Sozialpolitik, weil Sozialpolitik ihren eigenen Maßstab hat, und weil sie selbst der Wirtschaft Daten setzt. Umgekehrt zählt auch die Sozialpolitik zu den Grundlagen einer außenwirtschaftlichen Öffnung. Ohne diese Öffnung gibt es keine Globalisierung. Aber auch daraus läßt sich keine globale Rechtfertigung des sozialpolitischen Status quo gewinnen. Ins-

- Eckes, Alfred E. (1995): Opening Up America's Market. U.S. Foreign Trade Policy Since 1776, Chapel Hill, NC und London: University of North Carolina Press.
- Eichenberger, Eberhard (1990): Recht der sozialen Sicherheit in den USA, Baden-Baden: Nomos.
- Friedman, Thomas L. (1997): Plotting Politics on the New Globalization Graph, *International Herald Tribune*, 14. November, 8.
- Gebhardt, Thomas (1997): Ending Welfare As We Know It. Die US-amerikanische Sozialhilfereform 1993-1996, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Arbeitspapier 2/1997.
- Glassman, James K. (1997): Know-Nothing Congress Can't Even Grasp a No-Brainer, *International Herald Tribune*, 12. November, 8.
- Goldstein, Judith (1988): Ideas, Institutions, and American Trade Policy, *International Organization* 42, 179-218.
- Hobson, J. A. (1907): The Fruits of American Protection. The Effects of the Dingley Tariff upon the Industries of the Country, and especially upon the well-being of the People, London: Cassell.
- Jackson, John (1989): The World Trading System. Law and Policy of International Economic Organization, Cambridge, MA und London: MIT Press.
- Kammerman, Sheila B., Alfred J. Kahn, (Hrsg.) (1997): Confronting the New Politics of Child and Family Policy in the United States, Report VI - Final Report: P. L. 104-193: Challenges and Opportunities, New York: Cross-National Studies Research Program, Columbia University School of Social Work.
- Krugman, Paul (1995): Growing World Trade: Causes and Consequences, *Brookings Papers on Economic Activity* 1, 327-377.
- Leibfried, Stephan, Lutz Leisering, u.a. (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Leisering, Lutz, Robert Walker, (Hrsg.) (1998): The Dynamics of Modern Society. Poverty, Policy and Welfare, Bristol: The Policy Press.
- Levy, Hermann (1905): Die Entwicklungsgeschichte einer amerikanischen Industrie. Studien über den Einfluß der Zolltarife und Trusts auf die Weissblechindustrie der Vereinigten Staaten, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, III. Folge, 29, 145-181.
- Lusztig, Michael (1996): Risking Free Trade. The Politics of Trade in Britain, Canada, Mexiko, and the United States, Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press.
- Marmor, Theodore R., Jerry L. Mashaw und Philip L. Harvey (1990): America's Misunderstood Welfare State. Persistent Myths, Enduring Realities, New York, NY: Basic Books.
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Herausgegeben, übersetzt und mit einer Einleitung versehen von Elmar Rieger, Frankfurt a. M. und New York, NY: Campus.
- Marshall, Thomas H. (1992a): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: id., 33-94 (zuerst 1950 erschienen).
- Marshall, Thomas H. (1992b): Das Recht auf Wohlfahrt, in: id., 95-109 (zuerst 1965 erschienen).
- Milgrom, Paul, John Roberts (1990): The Economics of Modern Manufacturing: Technology, Strategy, and Organization, *American Economic Review* 80, 511-528.
- Myles, John, Paul Pierson (1997): Friedman's Revenge: The Reform of 'Liberal' Welfare States in Canada and the United States, *Politics & Society* 25, 443-472.
- Pfaff, William (1997): Don't Forget That Globalization Creates Losers, Too, *International Herald Tribune*, 13. November, 8.
- Picot, Arnold, Ralf Reichwald (1994): Auflösung der Unternehmung? Vom Einfluß der IuK-Technik auf Organisationsstrukturen und Kooperationsformen, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 64, 547-570.
- Polanyi, Karl (1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (zuerst 1944 erschienen).
- Proff, Heike, Harald V. Proff (1996): Bedeutung der zunehmenden Regionalisierung der Weltwirtschaft für die Wettbewerbsstrategien international tätiger Unternehmen, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 66, 437-457.
- Proff, Heike (1997): Bedeutung der zunehmenden Regionalisierung der Weltwirtschaft für die Gesamtunternehmensstrategien international diversifizierter Unternehmen, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 67, 601-23.
- Ramaswamy, Ramana (1994): The Structural Crisis in the Swedish Economy, *IMF Staff Papers* 41, 367-379.
- Rieger, Elmar, Stephan Leibfried (1997): Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung, *Politische Vierteljahresschrift*, 38, 4, 771-796.
- Ringlstetter, Max, Peter Skrobarczyk (1994): Die Entwicklung internationaler Strategien. Ein integrierter Bezugsrahmen, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 64, 333-357.
- Schmid, Günter, Bernd Reissert, Gert Bruche (1992): Unemployment Insurance and Active Labor Market Policy. An International Comparison of Financing Systems, Detroit, MI: Wayne State University Press.
- Scott, Robert E. (1997): Pay Attention to Workers Before Taking the Fast Track, *International Herald Tribune*, 5. November, 8.
- Shlaes, Amity (1994): Germany's Chained Economy, *Foreign Affairs* 73, 109-124.
- Taussig, F. W. (1967): The Tariff History of the United States, New York: Augustus M. Kelley (Nachdruck der 8. Auflage von 1931).
- Tonelson, Alan (1994): Beating Back Predatory Trade, *Foreign Affairs* 73, 123-135.
- Vogel, David (1997): Barriers or Benefits? Regulation in Transatlantic Trade, Washington D.C.: Brookings.
- Walker, Robert, Michael Wiseman (1997): An Earned Tax Credit for Britain: Possibilities and Alternatives, Centre for Research in Social Policy, Loughborough University of Technology.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn: Dietz Verlag.

Karl F. Schumann* und Beate Ehret**

Jugenddelinquenz in der Phase beruflicher Qualifikation in Deutschland und den USA - komparative Verknüpfung zweier prospektiver Längsschnittstudien

1. Start in den Beruf

Am 1. Juli 1988 nahm der Sfb 186 seine Arbeit auf und mit ihm, das Teilprojekt A3, eine Längsschnittstudie über Berufsbildungsverlauf und Jugenddelinquenz bei AbgängerInnen von Bremer Hauptschulen und Sonderschulen. Diese Gruppe der Jugendlichen gerät durch ihre Entscheidung, die Schule so früh wie rechtlich möglich zu verlassen, in einer Berufswelt, die zunehmend von Hochtechnologie und Computern geprägt ist, möglicherweise in Risikolagen. Ihre Lebenspläne können bereits dann scheitern, wenn sie einen Ausbildungsplatz suchen und durch Selektion in wenig zukunfts-trächtige Berufsbereiche abgedrängt werden. Sie können auch bei erfolgreicher Berufsausbildung diskontinuierliche Berufsverläufe vor sich haben. Solche Risikolagen können eine erhöhte Delinquenzgefährdung zur Folge haben.

Der Verlauf von Berufsqualifikation und Berufseintritt wird bei dieser AbgängerInnenstichprobe des Jahres 1989 nun schon seit neun Jahren verfolgt. Wenn möglich sollen es schließlich 12 Jahre werden; dann wäre für sie die Lebensspanne zwischen 16 und 28 Jahren dokumentierbar. An der jüngsten Erhebung 1997 haben noch 370 der jungen Frauen und Männer teilgenommen.

* Karl F. Schumann ist Leiter des Projekts A3 „Interaktionsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener“

** Beate Ehret ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in diesem Projekt

2. Internationale Gegenüberstellungen

Nachdem seinerzeit das Team des Teilprojekts A3 *"Selektion im Berufsbildungssystem und abweichendes Verhalten"* die empirische Arbeit in Gang gebracht hatte, erfuhr es von der Existenz eines umfangreichen Forschungsprogramms in den USA. Mit großem finanziellen Aufwand sollten *"Causes and Correlates of Delinquency"* dadurch untersucht werden, daß drei Längsschnittstudien über einen Zeitraum von etwa 10 Jahren die Hintergründe von Jugenddelinquenz umfassend und interdisziplinär erkunden. Diese Projekte sind 1987 in Pittsburgh (Pennsylvania), Rochester (New York) und Denver (Colorado) angelaufen. Das *Denver Youth Survey* genannte Längsschnittprojekt weist die meisten Übereinstimmungen zum Bremer Teilprojekt auf. Um die Parallelen stärker zu recherchieren, lud der Bremer Sfb 1995 zu einem internationalen Workshop zum Thema *Transition from School to Work* ein, zu dem die internationalen Kontaktpartner der Teilprojekte A1 und A3 eingeladen waren und bei dem schließlich mit dem Leiter des *Denver Youth Survey*, David Huizinga, eine enge Kooperation vereinbart wurde.

Kernfrage des gemeinsamen Projekts ist: Bietet das deutsche duale System der Berufsausbildung eine Strukturierung des Übergangs von der Schule in den Beruf an, die den *kids* in den USA fehlt, weil es dort kein vergleichbar hochentwickeltes Berufsausbildungssystem gibt? Und wenn ja: Hat die Regulierung hier gegenüber der Deregulierung dort irgendwelche Auswirkungen auf Jugenddelinquenz?

Der *Denver Youth Survey (DYS)* basiert auf einer Zufallsauswahl von Haushalten in stärker kriminalitätsbelasteten Stadtgebieten Denvers. Die Wohngebiete wurden auf der Basis von Stadtstrukturdaten ausgewählt, mit Blick auf Bevölkerungszusammensetzung und überdurchschnittliche Kriminalitätsraten. Das Sample besteht - in etwa gleicher Proportion - aus Mädchen und Jungen, die bei der Ersterhebung 1988 7, 9, 11, 13 und 15 Jahre alt waren, sowie aus einem ihrer Elternteile; beide stammen aus einem von mehr als 20.000 zufällig ausgewählten Haushalten.

Die Jugendlichen werden jährlich interviewt. Sie bleiben im Sample, auch wenn sie aus Denver wegziehen. Die Interviews behandeln Schule, Herkunftsfamilie, Arbeitsleben, persönliche Beziehungen, Familiengründung, Delinquenz, Drogengebrauch, Reaktionen der Strafverfolgung usw.

Zu dem Bremer Teilprojekt A3 besteht dann eine Ähnlichkeit des Samples, wenn nur die beiden ältesten Subsamples vom DYS, die in der 1. Welle 13 bzw. 15 Jahre alt waren, einbezogen werden. Das sind zusammen etwa 570 Jugendliche. Sie waren 1989 im Durchschnitt 16 Jahre alt; das Durchschnittsalter betrug im Bremer Sample bei der Ersterhebung im Juni 1989 16,6 Jahre. Bei den Bremer AbgängerInnen von der Hauptschule bzw. der Sonderschule war das Auswahlkriterium Ausscheiden aus der Allgemeinbildung vom unteren Schulausbildungsniveau, nicht - wie bei DYS - die Wohnlage in problembelasteten Wohngebieten. Von den funktionalen Zusammenhängen mit Lebenschancen her gesehen, sind aber beide Auswahlkriterien äquivalent; die

starke Rolle von Bildungsnachweisen für die Berufschancen im Leben hierzulande und die Filterwirkung der Stadtstrukturen für den regionalen Arbeitsmarkt in US-Städten stellen jeweils eine spezifische Delinquenzgefährdung dar. Dies bedarf einer kurzen Erklärung.

3. Qualifikation und Delinquenz

Die Bremer Längsschnittstudie untersucht den Lebensverlauf von SchulabgängerInnen aus Hauptschulen und Sonderschulen der Stadt Bremen. Der erste Fragebogen wurde im Mai/Juni 1989 noch in der Schule allen SchülerInnen der Abschlußklassen vorgelegt und auch solchen, die ihre Schulpflicht schon erfüllt hatten, aber noch in niedrigeren Klassen waren. Die Kohorte umfaßte also zunächst alle *potentiellen* AbgängerInnen. Erst zu Beginn des Schuljahres 1989/90 konnte festgestellt werden, wer de facto abgegangen war. Diese AbgängerInnen-Kohorte wurde nach drei Jahren angeschrieben und um Mitwirkung an der Langzeitstudie gebeten. Im Jahre 1992 stimmten 426 einer erneuten Befragung zu. Weitere Erhebungen wurden 1995 und 1997 durchgeführt. Die Kohorte umfaßt derzeit noch 370 junge Erwachsene. Von der 2. Welle an stellt sie eine Erhebung all jener dar, die tatsächlich 1989 einer Bremer Hauptschule bzw. Sonderschule den Rücken kehrten, sei es mit oder ohne Hauptschulabgangszeugnis und die sich bereit erklärten, für eine Längsschnittuntersuchung zur Verfügung zu stehen. Die Jugendlichen sind zu 55% männlich und zu 45% weiblich, was uns die Chance bietet, die Qualifikationsverläufe und den Berufseinstieg, die Delinquenz und viele andere Variablen, die für eine Lebensverlaufstudie relevant sind, separat für junge Frauen und junge Männer zu untersuchen.

Im Zentrum unseres Interesses steht der Zusammenhang zwischen Berufsbildung, Berufsverlauf und Delinquenz. Generell wird in der Kriminologie in mißglückten Bemühungen um eine Berufsausbildung ein Faktor gesehen, der mit Delinquenz zusammenhängt. Finden negative Selektionserfahrungen in

der beruflichen Sphäre zum Beispiel auf dem Hintergrund schwacher familialer Unterstützungsnetzwerke statt, so sind Kontextbedingungen dafür gegeben, daß abweichendes Verhalten verfestigt wird. Amerikanische Lebenslauforschung hat gezeigt, daß delinquentes Verhalten weitere Problemlagen nach sich ziehen kann (frühes Verlassen der Schule, Phasen der Arbeitslosigkeit)¹. Vieles deutet auf eine Wechselseitigkeit des Zusammenhangs von Delinquenz und dem Auftreten weiterer problematischer Situationen in der Qualifikationsphase hin.

Ähnlich strukturiert sind die Schwierigkeiten, die amerikanische Jugendliche beim Erwerb beruflicher Fertigkeiten haben. Wer in problembelasteten Wohngebieten wohnt, hat selten genug Geld, um eine der privat angebotenen Ausbildungen zu erwerben. Berufliche Erfahrungen können also nur auf dem Jugend-Job-Markt gemacht werden, der eine wohngebendspezifische Angebotsstruktur hat, wobei der industrielle Sektor gegenüber dem Dienstleistungssektor weitgehend peripher geworden ist.

4. Strukturvergleich

In den USA fehlt eine Institution, die dem dualen System der Berufsbildung in Deutschland vergleichbar ist. Üblicherweise absolvieren nur etwa 3% der Männer und 0,5% der Frauen eine Lehre. Bemühungen um die Ausweitung der Lehrlingsausbildung sind zwar im Gange. Die historische Entwicklung spricht allerdings dagegen: Die USA konnten auf Etablierung eines beruflichen Ausbildungssystems verzichten, weil sie den Bedarf an qualifizierten Personen bislang stets durch EinwanderInnen decken konnten.

Statt dessen gliedern sich die Bildungsprozesse während der Jugendphase in den USA etwa so auf: Knapp 90% besuchen die *High School* bis zum Alter von 18 Jahren, etwa 10% sind dann bereits vorzeitig ausgeschieden (drop-

outs). Die Mehrheit der *High School Graduates* (etwa 55%) besucht anschließend ein *College* oder *Community College*; ein Teil davon wechselt aber vor dem Abschluß in Berufstätigkeit. Die übrigen *High School Graduates* steigen in den sogenannten *youth labor market* ein, der durch niedrigste Löhne gekennzeichnet ist, und erhalten dort *on-the-job-training*; etwa 12% bekommen ein *off-the-job-training* (z.B. Buchhaltung, Kosmetik usw.) in privaten Schulen, für die sie bezahlen müssen. Im Alter von 25 Jahren hat etwa ein Viertel der Berufstätigen in irgendeiner Form kurze Varianten von Berufsausbildung erhalten (*neben on-the-job-training*). Ein bekannter Effekt dieser wenig systematischen beruflichen Ausbildung ist eine hohe Fluktuation zwischen verschiedenen Stellen oder Berufssparten, aber auch zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Mehr als ein Drittel aller amerikanischen Männer hat im Alter von 30 Jahren noch niemals einen Job von längerer Dauer als einem Jahr innegehabt.

In Deutschland gilt diese Situation nur für 9,5%. Hier ist die Jugendphase dagegen für Ausbildung reserviert; oft werden mehrere Ausbildungen (Lehre, Studium) hintereinander absolviert. Vielfach zieht sich der Ausbildungsprozeß bis ins Alter von 25 bis 30 Jahren hin. Der in unserem Projekt interessierende Ausbildungssektor schließt an den Hauptschulbesuch (der ja auch mit realschuläquivalentem Zeugnis abgeschlossen werden kann) an. Etwa drei Viertel der Hauptschulabsolventen steigen umgehend, fast 90% zu irgendeinem Zeitpunkt, in das Duale System ein, etwa zwei Drittel machen einen beruflichen Abschluß (meist Gesellenprüfung), einem geringeren Teil (ca. 30%) gelingt es im Anschluß daran, eine Facharbeiterstelle im Sektor der Ausbildung zu finden, also berufliche Kontinuität zu erreichen.

Der Vergleich von beiden Systemen der Organisation des Übergangs von der Schule in den Beruf kann mehrere Wirkungsdimensionen ins Auge fassen: Arbeitslosigkeitsrisiken (Häufigkeit,

¹ John Hagan and Bill McCarthy: Mean Streets. 1997

Dauer), finanzieller Status in den ersten Berufsjahren, Berufszufriedenheit, erfüllte Aspirationen, verbliebene Qualifizierungsbereitschaft; für uns haben die Verhaltensebenen von Delinquenz, Alkoholkonsum und Drogengebrauch Priorität, um Steuerungseffekte eines strukturierten Ausbildungssystems auf den Lebenslauf zu bestimmen.

5. Steuerungseffekte auf den Lebenslauf

Die Kooperation Bremen-Boulder stellt nicht, wie sonst in komparativer Forschung üblich, den Institutionenvergleich in den Vordergrund, sondern die unterschiedlichen Steuerungseffekte, die sich aus dem Fehlen bzw. Existieren eines Berufsbildungssystems für Lebensverläufe in den beiden Gesellschaften ergeben. Das ist nicht zuletzt deshalb interessant, weil in den USA seit längerem über die Einführung eines Äquivalents des Dualen Systems gestritten wird in der Hoffnung, dadurch den Jugendlichen eine Lebensphase der Orientierungslosigkeit zu ersparen. Zunächst sind daher die Parallelen und Unterschiede der Transitionsphase von Schule in das Berufsleben herauszuarbeiten. Dann muß herausgefunden werden, wie sich diese Unterschiede, vereinfacht gesagt, zwischen dem regulierten deutschen und dem deregulierten amerikanischen Qualifizierungsmodus auf die spätere berufliche Integration der Jugendlichen und auf ihre Delinquenzverläufe auswirken. Und damit beginnt die eigentlich schwierige Arbeit. Denn es muß auf irgendeine Weise gelingen, alle übrigen Einflußgrößen auf die Berufsverläufe und die Delinquenzentwicklung zu kontrollieren, um die spezifische Wirkung des Strukturunterschieds der institutionellen Steuerung des Qualifizierungsgeschehens erfassen zu können.

Eine Skizze dieser Fragestellung wurde von David Huizinga und Karl F. Schumann 1995 in einem Antrag auf Finanzierung einer kleinen Pilotstudie an die Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil geschickt. Dazu wurden aus den Fragebögen von DYS und des Bremer Projekts 85 Variablen

identifiziert, die vergleichbar gemessen wurden. Dazu gehören Strukturdaten zur sozialen Herkunft, zur Schulbiographie, zu den Wohnbedingungen, zu den Bindungen an Partner und an Freundeskreise und Cliques, verschiedene Variablen zu Berufsqualifizierungsprozessen und Arbeitserfahrungen, prospektiven Bewertungen der eigenen Lebensperspektive, eigener Familiengründung, Alkohol- und Drogengebrauch, Delinquenz und Delinquenz der Freunde usw. Daß es gelang, ähnliche Operationalisierungen dieser Variablen in beiden Datensätzen zu finden, lag einerseits daran, daß beide Studien unabhängig voneinander auf den gleichen Grundstock kriminalsoziologischer Theoriebildung Bezug nahmen. Es lag aber auch daran, daß seit dem Workshop 1995 ein Austausch der Erhebungsinstrumente stattfand, wobei das DYS-Team insbesondere Fragen zum Übergang in Berufstätigkeit aus Bremen übernahm und die Bremer z.B. Detailfragen zur Stigmatisierung durch Eingriffe der Strafverfolgung bearbeiteten.

Sinn dieser umfassenden Durchsicht der beiden Datensätze war, möglichst viele Variablen kontrollieren zu können, um den uns in erster Linie interessierenden Effekt des Fehlens oder Gebenseins einer geregelten Qualifikationsphase zu bestimmen: Hat das deutsche Duale System der Berufsbildung in der Tat stabilisierende Effekte gegenüber dem Herumprobieren amerikanischer High-School-Abgänger auf dem Jobmarkt?

Die Pilotstudie wurde für 1996 genehmigt. Seit 1997 wird auch die Vergleichsstudie explizit von den Geldgebern für DYS, dem *amerikanischen Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention*, sowie von der DFG im Rahmen des Sfb 186 mit ergänzenden Fragestellungen als Teil der jeweiligen Längsschnittprojekte mitfinanziert. Das macht längere Aufenthalte Bremer ForscherInnen in Boulder und umgekehrt zur gemeinsamen Datenanalyse möglich.

6. Vergleichsprobleme

Im April 1997 begann die komplexe Feinarbeit an der Herstellung gemeinsamer Meßwerte und Indizes. Diese Komplexität soll im folgenden an den beiden zentralen Variablenbereichen der Berufsqualifikation und des Berufseintritts einerseits und der Delinquenz andererseits illustriert werden. Um mit dem letzteren anzufangen: Bei Erhebungen der selbstberichteten Delinquenz ist es erforderlich, in umgangssprachlicher Weise den Verhaltenstypus, der in einem Straftatbestand angesprochen ist, als Frage zu formulieren. Nehmen wir ein Beispiel. Wie oft ist jemand im letzten Jahr schwarzgefahren, schätzungsweise? Natürlich kann man nicht fragen: Wie oft hast Du eine Leistungerschleichung nach § 265a StGB begangen? Sondern man fragt: Wie oft hast Du im letzten Jahr öffentliche Verkehrsmittel benutzt, ohne eine gültige Fahrkarte zu haben?

Im Bremer Sample geben etwa 40% an, diese Tat zumindest einmal begangen zu haben. In Denver gibt es dieses Delikt praktisch nicht. Einerseits gibt es Schulbusse, deren Benutzung gratis ist. Andererseits kann man die übrigen Busse nur vorne besteigen, wo der Fahrer kassiert oder einen Transferschein einsammelt. Die Kollegen von DYS sagen, *joy riding* sei das Äquivalent, also der unbefugte Fahrzeuggebrauch. Aber die sogenannte Gebrauchsanmaßung (§ 248b StGB) ist wiederum in Deutschland seltener und auch nur schwer abgrenzbar von Autodiebstahl. Also wird entschieden, diese Delinquenzvariante beiseite zu lassen. Schade, aus deutscher Sicht.

Ein weiteres Beispiel. Im DYS-Fragebogen steht: *How many times have you used checks illegally or how often did you write a bad check?* Wie oft jemand einen ungedeckten Scheck ausgestellt hat, macht als Delikt in Deutschland kaum Sinn. Während in den USA jeder Scheck, dessen Summe einen Cent über die auf dem Konto noch vorrätige Deckung hinausgeht, bereits ein *bad check* ist, geben die deutschen Banken gerne Überzie-

hungskredite, schon um die meist zweistelligen Kreditzinsen kassieren zu können. Auch dieses Delikt können wir nicht einbeziehen.

Am Ende werden drei Indizes gebildet: Gewaltdelikte (Körperverletzungen, Raub), Diebstahlsdelikte (Ladendiebstahl und andere Varianten) und Drogendelikte. Eine Fülle weiterer Delikte muß angesichts der kulturellen, auch wirtschaftskulturellen Unterschiede außer Betracht bleiben. Eine wichtige Erkenntnis daraus ist: (Jugend-) Kriminalität in den USA und Deutschland weist teilweise ganz verschiedene Formen auf. Abgesehen von bestimmten Verhaltensmustern (wie Formen des Diebstahls, Drogengebrauchs und der Gewaltausübung) ist abweichendes Verhalten stark kulturgeprägt.

Noch komplizierter als dieser semantische Abgleich ist die Operationalisierung der Variablen der Berufsqualifikation und des Berufseintritts für die komparative Analyse, denn das Problem einer Längsschnittstudie ist ihr immenses Datenmaterial. Da beide Studien gegenwärtig einen Zeitraum von 8 Jahren (1989-1996) analysieren können, muß für jeden Jugendlichen für

jedes der 8 Jahre ein berufsbezogener *masterstatus*, d.h. der überwiegende Tätigkeitsstatus, kodiert und in den gemeinsamen Datensatz übertragen werden. Dazu muß vorab unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Berufsbildungssysteme ein gemeinsamer Code für den Schulstatus, berufliche Nebentätigkeiten, berufliche Ausbildungen und Berufe, unterschieden nach *unskilled* und *skilled*, entwickelt werden. Danach muß, bei gemeinsamer Entscheidung vieler Zweifelsfälle, der gesamte Datensatz beider Projekte entsprechend umkodiert werden.

Erst dann ist es möglich, die Zeiträume von beruflichen Qualifizierungsprozessen im Leben jeder einzelnen Person in beiden Samples zu bestimmen und anschließend zu prüfen, wie die Delinquenzentwicklung während dieser Zeiträume und nach diesen Zeiträumen aussieht, insbesondere im Vergleich zu Personen, die solche Qualifizierungsphasen nicht aufweisen.

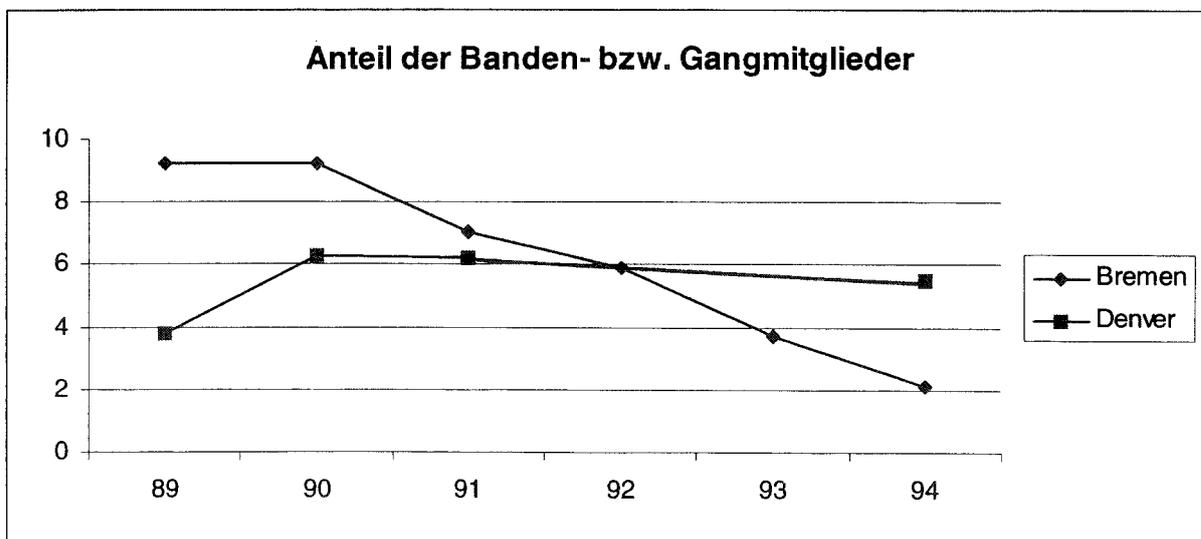
Die gleiche Anpassungsarbeit der Meßinstrumente muß für jede einzelne thematisch relevante Variable zu Ausbildung und Beruf sowie zu den Lebensbereichen Familie, Freunde,

Wohnformen wiederholt werden - ein zeitraubender Prozeß. Aber auch einer, der es erlaubt, viel von Unterschieden in beiden Gesellschaften kennenzulernen und zu verstehen. Solche Arbeit ist nur dadurch möglich, daß immer wieder Phasen der Zusammenarbeit, sei es in Boulder, sei es in Bremen, stattfinden können. So hielt sich Beate Ehret 10 Monate lang (bis Anfang Juni 1998) in Boulder auf. Im Juli werden David Huizinga und Amanda Elliott für einen Monat in den Sfb 186 kommen, um die gemeinsame Auswertung fortzusetzen. In dieser Zeit wird auch ein Sfb-Symposium über internationalen Vergleich stattfinden, wo erste Ergebnisse vorgestellt werden.

7. "Apples and oranges" und/oder andere Ergebnisse?

Noch ist es zu früh, um schon zu der zentralen Fragestellung Befunde vorstellen zu können. Aber im Arbeitsschritt der Anpassung einzelner Variablen ist es immer erforderlich, ihre Häufigkeitsverteilungen im *Denver Youth Survey* und im Bremer Sample gegenüberzustellen, um abschätzen zu können, ob das, was gemessen wurde, wirklich einen analogen sozialen Sachverhalt betrifft. Aus diesen Vergleichs-

Graphik 1



Anmerkung: Im Denver Youth Survey wurde in der Erhebung 1995 nicht retrospektiv die Gangmitgliedschaft für 1992 und 1993 erfaßt.

daten können einige interessante Ergebnisse mitgeteilt werden.

Um noch einmal ein Beispiel aus dem Themenbereich Delinquenz zu wählen, wenden wir uns den Jugendbanden bzw. den *gangs* zu. Zieht man in puncto Definition der Begrifflichkeiten ein aktuelles Deutsch-Englisch Wörterbuch zu Rate, werden beide Bezeichnungen zur Beschreibung eher "suspekter" Gruppierungen verwendet: "Bande" wird z.B. sehr farbenfroh als *gang* (of *thieves, thugs* etc.)² erläutert (d.h. Bande von Dieben, Schurken etc.) und *gang* kaum freundlicher als "Bande" (von Verbrechern, Kindern)."

Es soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, daß beträchtliche Unterschiede hier und dort bestehen, etwa in Zusammenhang mit der Ghettoisierung von Minoritäten oder der insgesamt deutlicheren Abgrenzung von "Nachbarschaften" in den USA und der daraus folgenden stark regional geprägten Rekrutierung von Gangmitgliedern. In der geplanten Analyse steht jedoch nicht der soziokulturelle Hintergrund derartiger Gruppierungen zur Debatte, sondern der delinquenzverstärkende Einfluß, der mit der Mitgliedschaft einhergeht. Hinsichtlich dieses Effekts kann die Variable durchaus als vergleichbar angesehen werden. Dies wird vor allem deutlich, wenn man einige deskriptive Informationen zum Thema Banden bzw. *Gangs* für die beiden Samples gegenüberstellt.

Der Anteil der Jugendlichen, die im Beobachtungszeitraum jemals einer derartigen Gruppierung angehörten, liegt mit 13% in Bremen (1989 bis 94) und 14% in Denver (1988 bis 92) in beiden Samples ungefähr gleich hoch. Unterschiede zeigen sich erst, wenn man dies über die einzelnen Erhebungszeiträume hinweg vergleicht:

In Bremen nimmt der Anteil der Mitglieder ab 1990 kontinuierlich ab, von anfänglich 9,2% bis zu nur noch 2,1% im Jahr 1994. In Denver ist dagegen

von 89 auf 90 zunächst ein Anstieg zu verzeichnen, woraufhin auch dort die Anzahl der Mitglieder zurückgeht; diese Entwicklung verläuft dort jedoch deutlich langsamer.

Zum anfänglichen Anstieg der Kurve für Denver (89/90) ist anzumerken, daß dort die Mehrheit der Jugendlichen in diesen Jahren noch zur Schule ging, während es sich in Bremen ausschließlich um eine Kohorte von Schulabgängern handelt. (Die *High School* in den USA dauert bekanntermaßen 12 Jahre im Gegensatz zu 10 Jahren Hauptschule in Deutschland). Der Schule wird in der kriminologischen Forschung im allgemeinen ein delinquenzverstärkender Einfluß zugesprochen³ sowie ein Zusammenhang zu Gangmitgliedschaft. Dieser sehr wohl beachtliche Unterschied der beiden Samples wird selbstverständlich in den anstehenden Vergleichsanalysen zu berücksichtigen sein, indem Kontrollvariablen wie Alter und Jahr des Schulabgangs in statistische Modelle miteinbezogen werden.

Im Durchschnitt währt die Mitgliedschaft in einer Bande bzw. Gang - ausgehend vom gemeinsamen Beobachtungszeitraum von drei Jahren (1989 bis 1991) - in Denver 1,5 und in Bremen 2,3 Jahre. Von Interesse ist Banden- bzw. Gangmitgliedschaft jedoch vorrangig in Zusammenhang mit der Delinquenz der Jugendlichen. In der kriminologischen Forschung gilt es als gesichert, daß Jugendliche, die einer *gang* angehören, in weit höherem Ausmaße delinquent sind als ihre Altersgenossen⁴.

Eine große Rolle spielen hierbei unter anderem Auseinandersetzungen rivalisierender Jugendbanden bzw. *gang fights*. Bezüglich unserer Vergleichsmöglichkeiten zu diesem Thema standen wir zunächst vor der enttäuschen-

den Erkenntnis, daß in der Bremer Studie dazu konkret keine Angaben erhoben wurden. Allerdings wurden Fragen gestellt, die allgemein Gruppenschlägereien oder die Teilnahme an Krawallen jedweder Art erfassen. *Sind gang fights* und Gruppenschlägereien etc. analog oder vergleicht man dabei Äpfel mit Birnen? Oder korrekter: *apples and oranges*, wie die Amerikaner unsere Redensart abwandeln. Wobei sich logischerweise wieder die Frage stellt, ob wenigstens diese unterschiedlichen Formulierungen ein gleiches Problem analog abbilden.

Unbestreitbar bleibt aber wohl, daß in beiden Befragungen ein thematisch gleicher Bereich angesprochen wird: Gewaltdelikte Jugendlicher, die aus einem Gruppenzusammenhang heraus begangen werden. Zur Klärung der Frage der Vergleichbarkeit erwies sich wiederum ein Blick in die Daten als sehr hilfreich. So zeigte eine Kreuztabelle für Bremen eine deutlich höhere Beteiligung von Bandenmitgliedern mit 31,6% im Vergleich zu Nichtmitgliedern (nur 8,5%) an Gruppenschlägereien.

Im Abgleich zu den Denver Daten stellte sich zudem heraus, daß trotz der sprachlich größeren Nähe von *gang* und *gang fights* nicht etwa 100%, sondern gerade einmal 68,8% der Mitglieder an *gang fights* beteiligt sind (gegenüber 5,2% der Nichtmitglieder). Nicht jedes Mitglied einer *gang* nimmt also stets an *gang fights* teil, lediglich der Anteil der Beteiligten liegt höher. Das Gleiche zeigt sich auch bei den Bremer Banden (obwohl hier von Gruppenschlägereien gesprochen wird).

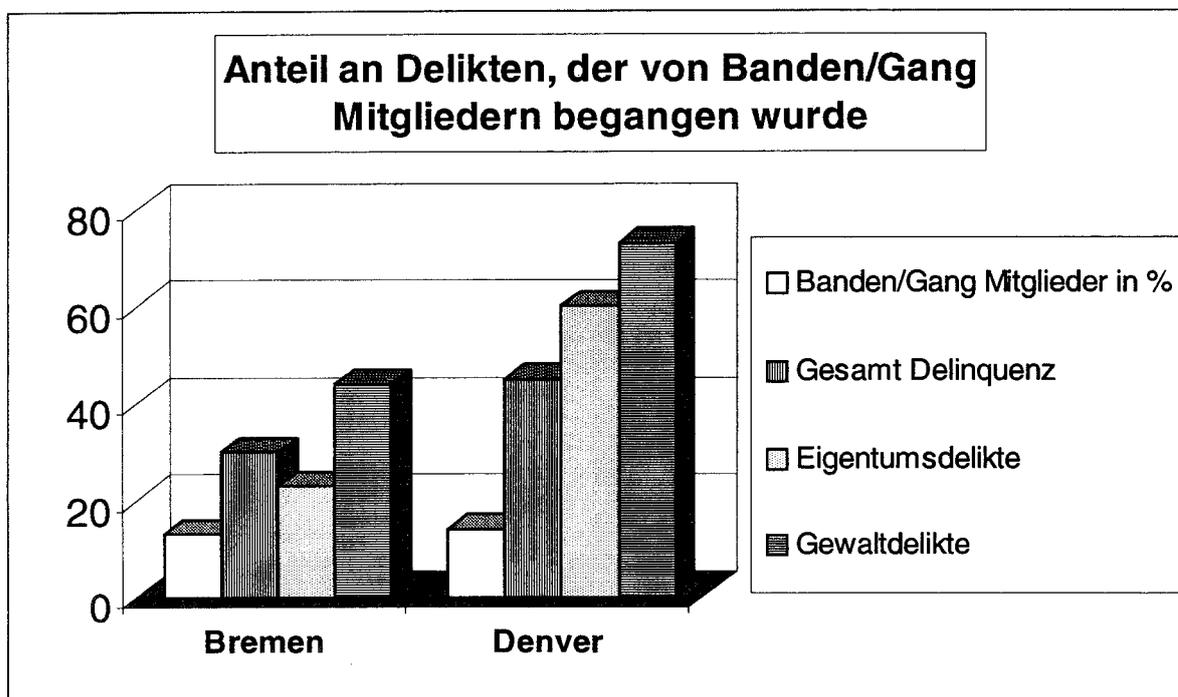
Diese Erkenntnis paßt übrigens zu Daten über die Beteiligung von Gang-/Bandenmitgliedern an Delinquenz im allgemeinen. Der Beitrag der Gang-/Bandenmitglieder an der Gesamtsumme der Delikte ist in Relation zu ihrem Anteil am Sample beträchtlich. Diese Fragestellung erweist sich als besonders interessant, wenn man Gewalt und Eigentumsdelikte unterscheidet.

² Webster's New World German Dictionary, 1996, S. 31

³ Vgl. G.U. Dietz, E. Matt, K.F. Schumann, L. Seus: *Lehre tut viel ...*, Münster 1997, Kapitel 3

⁴ z.B. M.W. Klein (1971) *Street gangs and street workers*, Englewood Cliffs, New York

Graphik 2



Die Graphik zeigt, daß in beiden Studien die Beteiligung von Gang-/Bandenmitgliedern an Delinquenz, in Kontrastierung zu ihrem geringen Anteil im Sample, besonders hoch liegt. Sie weisen erstaunlicherweise nicht nur einen äußerst hohen Anteil an den Gewaltdelikten auf, sondern tragen auch zu den Eigentumsdelikten mit in Bremen knapp einem Drittel und in Denver knapp zwei Dritteln überdurchschnittlich viel bei.

Ein Unterschied ist allerdings, daß in Bremen ihr Beitrag zur Gesamtdelinquenz höher ist als zur Eigentumsdelinquenz. Damit sind wir aber nicht auf den endgültigen Beweis für die Unterschiedlichkeit der Gang- und Bandendelinquenz in den beiden Kulturen gestoßen. Diese unterschiedliche Proportion hängt ausschließlich damit zusammen, daß im Bremer Gesamtindex Delikte miteinbezogen sind, die in Denver nicht berücksichtigt wurden, die aber durchaus aus der Gruppe heraus passieren und als Gangaktivitäten

angesehen werden können, wie z.B. Fahren ohne Führerschein bzw. unter Alkoholeinfluß oder auch Waffenbesitz/-handel.

Auf der Basis dieses Datenabgleichs ist ersichtlich, daß als Gangdelinquenz ein sich inhaltlich überschneidender Bereich gemessen wurde und ein zufriedenstellendes Maß an Vergleichbarkeit gegeben ist. Eine weitere Erkenntnis ist deshalb: die (sub-)kulturellen Unterschiede der Jugendbanden sind nicht so groß, daß ein Vergleich ausgeschlossen wäre.

8. Weitere Arbeit

Wenn die Unterschiede der Verläufe der beruflichen Integration für beide Kohorten aufgrund der Daten für die Jahre 1989-1996 beschrieben und deren Effekte auf die Entwicklungslinien der Jugenddelinquenz geklärt sind, also z.B. die Frage, ob das deutsche Duale System einen früheren Ausstieg aus der jugendtypischen Delinquenz zu fördern scheint, dann steht der Datenfundus für

weitere Fragestellungen zur Verfügung. Ganz hohe Priorität hat ein Vergleich des strafrechtlichen Umgangs mit Jugendkriminalität in beiden Ländern.

Die Struktur der strafrechtlichen Kontrolle von Jugend ist in Deutschland, jedenfalls in Stadtstaaten wie Bremen, relativ stark geprägt von der Konzeption der Nicht-Intervention, nach der die ersten registrierten Straftaten unter das Prinzip der Diversion fallen und die Sanktionen sich nach etwa folgendem Abfolgeschema staffeln und in der Intensität steigern, sofern es sich um die üblichen, eher bagatellhaften Jugendverfehlungen handelt:

1. Tat: Einstellung des Verfahrens ohne weitere Reaktion/
2. Tat: Einstellung mit Weisungen und Auflagen durch den Staatsanwalt/
3. Tat: Einstellung nach Hauptverhandlung bei Weisungen und Auflagen durch den Richter
4. Tat: Verurteilungen zu ambulanten Maßnahmen

5. Tat: Verurteilungen zu stationären Maßnahmen zur Bewährung usw.

Die Strafmündigkeit der Jugendlichen beginnt im Alter von 14 Jahren, die der Heranwachsenden mit 18 Jahren. Der Zugriff des Jugendstrafrechts endet mit 21 Jahren. Straftaten von Kindern (jünger als 14 J.) werden nach dem Jugendhilferecht behandelt und führen meist zu Mischformen von Hilfe und Kontrolle, schlimmstenfalls zu einer Einweisung in ein offenes Heim.

Demgegenüber ist die Jugendkontrolle in den USA in verschiedener Hinsicht durch stark repressives strafrechtliches Vorgehen geprägt. Es gibt eine Reihe von Statusvergehen (*status offenses*), die ein an sich übliches Verhalten bei Minderjährigen ahnden: Alkohol- und Zigarettenkonsum in der Öffentlichkeit, Betteln, Weglaufen von Zuhause, Verstöße gegen Sperrstunden (nach 22 Uhr auf der Straße angetroffen werden), Trampen usw. Solche Verhaltensweisen führen zu Festnahmen von Kindern und Jugendlichen. Ohnehin ist die Neigung der Polizei zu Festnahmen erheblich höher als in Deutschland, weil das Einwohnermeldesystem in den USA wenig entwickelt ist, was ein Untertauschen Verdächtiger erleichtert. Durch Festnahmen können Fingerabdrücke und Fotos zur Identifikation auch bei Bagatelldelikten genommen werden (was in Deutschland als unverhältnismäßig erachtet würde).

Ein erster Vergleich der Datensätze von A3 und DYS für die Jahre 1991 und 1992 zeigt, daß im Jahr 1991 13,2% der Bremer Kohorte von der Polizei bei Straftaten gefaßt wurden, dagegen 43% der Denver Jugendlichen (darunter 25% Festnahmen); 1992 lag die Arrestquote noch etwas weiter auseinander (Bremen: 11,6%). Neben der schärferen Kontrolle durch die Polizei agieren in den USA auch Staatsanwaltschaft und Jugendgericht erheblich repressiver. Die Altersgrenze für die Zuständigkeit des Jugendgerichts liegt bei 18 Jahren. Fällt jemand, der jünger als 18 Jahre alt ist, in eine der folgenden Kategorien, nämlich "*violent juvenile offender*", "*repeat juvenile offender*" oder "*aggravated juvenile offender*", kann im Staat Colorado (wie in vielen anderen Bundesstaaten, die Regelungen sind allerdings uneinheitlich) gleichwohl auf ihn allgemeines Strafrecht angewendet werden. Das Gericht kann dann Haftstrafen bis zu 5 Jahren verhängen, die im normalen Strafvollzug zu verbüßen sind. Entsprechend ist die Inhaftierungsquote in der DYS-Kohorte wesentlich höher als in der Bremer Kohorte.

Die komparative Untersuchung soll folgenden Fragestellungen nachgehen: Fördert die frühere und weite Anwendung des Strafrechts in den USA das Entstehen krimineller Karrieren allgemein? Gilt dies auch, wenn das Niveau selbstberichteter Delinquenz kontrolliert wird? Hat die stärkere Inkriminie-

rung von unordentlichem Verhalten Minderjähriger (*status offenses*) in den USA nachteilige Konsequenzen für den Lebenslauf? Wie verhält sich das bei jungen Frauen, die erheblich stärker in ihrem Verhalten in der Öffentlichkeit formell kontrolliert werden als in Deutschland? Fördert eine von Diversions geprägte Strafverfolgung ein schnelleres Beenden der Delinquenz-Episoden? Aber auch Transfereffekte der Ausgrenzung sind wichtig: Werden Arbeitsmarktrisiken, etwa die Gefahr häufigerer und längerer Arbeitslosigkeit, durch stärkere Sanktionierung erhöht?

Das Kernproblem dieses Vergleichs ist: Läßt sich ein komplexes Maß für die Dichte und Intensität öffentlicher Intervention durch Strafrecht entwickeln, das für beide Länder analog den Grad formeller Kontrolle erfaßt und deren Effekte auf den Lebenslauf mißt?

Die Zahl der Fragen macht bereits deutlich, daß diese wichtige Ausweitung der Vergleichsstudie erst in den kommenden Jahren umgesetzt werden kann. Schließlich handelt es sich ja nur um eine Teilfragestellung des Gesamtprojekts A3, für die nur begrenzte personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Wir sind dennoch zuversichtlich, daß eine Klärung dieser Fragen möglich sein wird.

Andreas Witzel*

Ein Modell zur Rekonstruktion berufsbiographischer Handlungen

Das hier vorgestellte Analysemodell berufsbiographischer Handlungen steht im Kontext der Lebenslauf- und Biographieforschung und bezieht Elemente der Sozialisationsforschung mit ein. Wir beschränken uns dabei nicht auf ein Lebenslaufkonzept, das sich überwiegend mit Übergängen in unterschiedlichen Lebensbereichen und deren Abhängigkeit von staatlichen Aktivitäten und ökonomischen Bedingungen befaßt (vgl. Mayer 1990). Vielmehr zielt die Konstruktion des Modells auf die eher vernachlässigte Beziehung zwischen der sozialen und subjektiven Gestaltung des Lebenslaufs und dem Zusammenhang von kulturellen Normen und biographischen Orientierungen (vgl. Kohli 1989). Die Modellbildung soll eine empirische Perspektive zur Verbindung unterschiedlicher Aspekte der Lebenslaufstruktur eröffnen: die Statusveränderungen in einer Berufskarriere, die Rahmenbedingungen

in Bildung, Ausbildung und in den Beschäftigungsverhältnissen, weitere Einflüsse wie die der sozialen Netzwerke, die subjektive Wahrnehmung vorhandener Gelegenheitsstrukturen sowie die damit einhergehenden individuellen Aktivitäten in bezug auf sich entwickelnde Lebensziele (vgl. Heinz 1991).

Das Konzept des biographischen Akteurs ist in diesem Zusammenhang (im Gegensatz zu dem des Biographieträgers) nützlich, weil es Lebenslaufgeschichte, Lebensperspektive, wahrgenommene Optionen und situationale Bedingungen integriert (vgl. Heinz 1996) und zugleich betont, daß Individuen nicht einfach Objekte eines Lebenslaufregimes sind, sondern Handlungsspielräume im Lebenslauf nutzen (vgl. Weymann 1989).

Für dieses Akteurskonzept haben wir unser Analysemodell entwickelt, das berufsbiographische Handlungen und Orientierungen in Sequenzen von Übergängen, Statuswechseln oder Wechseln von Rollenkonfigurationen rekonstruiert. Unser Erkenntnisziel richtet sich auf Handlungszyklen im Lebenslauf, die mit Längsschnittanalysen analysierbar sind. Diese Abfolge von berufsbiographischen Orientierungs-, Entscheidungs- und Handlungsprozessen ist zugleich auch ein individueller Verarbeitungsprozeß berufsbiographischer Erfahrungen und Handlungsfolgen. Wie Berufserfahrungen als Elemente eines subjektiven Wissensvorrats im Lebensabschnitt vom Eintritt in das Berufsleben und in die ersten Berufsjahre akkumuliert werden und welche Bedeutung sie für die Gestaltung von Biographien haben, sind unsere zentralen Fragestellungen.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine handlungstheoretische Fundierung der Auswertung biographischer Inter-

views. Wir stehen der generellen und zugleich empirisch gehaltvollen Theorie des rationalen Handelns, wie sie im entscheidungstheoretischen Ansatz (Esser 1993) konzipiert wird, skeptisch gegenüber (vgl. die Kritik von Kelle/Lüdemann 1995, 1996) und orientieren uns daher im wesentlichen an der phänomenologischen Ausarbeitung einer soziologischen Handlungstheorie durch Schütz (1974). In Abgrenzung von einer deduktiv-nomologischen Wissenschaftstradition dient das Analysemodell berufsbiographischer Handlungen als heuristisches Schema zur Erfassung von Orientierungs- und Handlungsschritten, um im Anschluß daran den subjektiven Handlungssinn von Berufsverläufen zu rekonstruieren.

1. Grundelemente des Analysemodells berufsbiographischer Handlungen: Aspiration, Realisation und Bilanzierung

Die drei Elemente des Modells sind gleichsam als großflächige Sammelkategorien zu verstehen, mithilfe derer die Aussagen der Interviewten zugeordnet und für eine systematische, fallvergleichende Analyse von Handlungen, Orientierungen und individuellen Sinngebungen vorbereitet werden können: *Aspirationen (A)*, *Realisationen (R)* und *Bilanzierungen (B)*.

Aspirationen umfassen die in den qualitativen Interviewtexten identifizierten Handlungsbegründungen. Aus ihnen lassen sich berufsbezogene Interessen, Motive, Ziele, Planungen, Erwartungen oder auch Entscheidungen bzw. Präferenzen (vgl. Esser 1991) rekonstruieren. *Aspirationen* enthalten Handlungsentwürfe (vgl. Schütz 1974), die eine Verwirklichungsabsicht haben müssen, daher auch als „praktische Utopien“ (Luckmann 1992, S. 50) bezeichnet

* Andreas Witzel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt A1 „Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung: Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß“. Das Analysemodell ist Resultat der Konzeptentwicklung im Verlauf einer Längsschnittanalyse, in der wir Übergangsprozesse von der Ausbildung in den Beruf und die Erwerbsverlaufsmuster einer Kohorte von jungen Erwachsenen in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit untersuchen. Die Studie verfolgt unter der Leitung von W.R. Heinz die Berufs- und Familienpassagen einer Kohorte junger Fachkräfte in zwei Arbeitsmarktreionen (Bremen und München) und sechs ausgewählten Berufen (Bankkaufleute, Bürokaufleute, Maschinenschlosser, Kfz-Mechaniker, Friseurinnen und Einzelhandelskaufleute), die 1989 ihre Ausbildung abgeschlossen hat (Überblicksartikel: Mönlich/Witzel 1994).

werden können. Diese „phantasierend vorweggenommenen Erfahrungen“ (ders., S. 32) machen den primären Sinn der nachfolgenden Handlungsvollzüge aus.

Die Motiviertheit von Handlungen muß i.S. des „praktischen Bewußtseins“ (vgl. Giddens (1995, S. 36) keine fest umrissenen Interessen enthalten, sondern kann sich auf Gewohnheitshandlungen beschränken.

Mit dem Begriff *Realisationen* beziehen wir uns auf Aussagen über konkrete Handlungsschritte zur Umsetzung der Aspirationen. Die Handlungen enthalten dabei in der Regel viele Teilschritte, d.h. auch Umwege, Unterbrechungen und Verzögerungen („Ziehharmonikaeffekt“ von Handlungen) bei der Verwirklichung eigener Interessen und Ziele.

Bilanzierungen zielen auf die Explikationen der Bewertung von Entscheidungs- und Handlungsfolgen sowie der Relation zwischen Aspirationen und Handlungsergebnissen. Aus ihnen werden die Prozesse der Sinnzuschreibungen vollzogener Handlungen und damit verbundener Erfahrungen rekonstruiert. Schütz definiert den „Sinnzusammenhang“ als eine Folge von für den Akteur sinnhafter Erlebnisse, aus denen er, sofern er seinen „Blickstrahl“ darauf richtet, eine „Synthesis höherer Ordnung“ (ders., S. 101) schafft. Das geht nur *im Nachhinein*: Der Sinn bildet sich nicht im schlichten Erfahrungsverlauf, „sondern erst, wenn sich das Ich seinen Erfahrungen *nachträglich* zuwendet und sie in einen, über deren schlichte Aktualität hinausgehenden Zusammenhang setzt“ (Luckmann 1992, S. 32, Hervorh. A.W.). Dieser Zusammenhang ist bei uns die Statuspassage in das Erwerbsleben.

In der Rational-Choice Theorie spielt diese Form von Sinnzuschreibung jedoch keine Rolle, weil sie sich aufgrund ihrer theoretischen Fokussierung auf den Entscheidungsvorgang auf die Schritte *vor* den Handlungen konzentriert.

2. Erweiterung des Analysemodells: Situationsbezüge von Handlungen

Wenn wir die Gestaltung von Statuspassagen in den Beruf und die weiteren berufsbiographischen Etappen analysieren, müssen die ARB-Elemente auf verlaufsstrukturierende Situationen bezogen werden. Diese Situationen erstrecken sich über unterschiedlich lange Übergänge, Etappen, Wendepunkte oder auch *Stationen* der Berufsbiographie: eine Lehrstelle, ein Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit, ein neuer Arbeitsplatz, Wehr-/Zivildienst, eine berufliche Umschulung, Fachhochschule etc. Die Akteure beziehen sich dabei auf subjektiv wahrgenommene Gelegenheitsstrukturen, die mit den Stationen im Lebenslauf verbunden sind, d.h. sie richten ihr Augenmerk auf Optionen, die sie zu realisieren und Restriktionen, die sie zu umgehen versuchen. Die einzelnen Stationen schließen zugleich deren spezifische strukturelle Rahmenbedingungen, die durch Kontextanalysen untersucht werden, mit ein: durch berufliche Kulturen vermittelte Normen und Leitbilder, in schulischen und betrieblichen Organisationen praktizierte Verfahren der Selektion, Rekrutierung und Beförderungs- sowie Legitimationsmuster zu deren moralischer Absicherung.

Der handlungstheoretische Bezug auf den Kontext hat für die Bestimmung der Teilelemente des Handlungsmodells folgende Konsequenzen:

Aspirationen rekonstruieren stationenspezifische, interessenbezogene Begründungen oder Erwartungen. Die Akteure nehmen dabei unterschiedliche berufliche Gelegenheitsstrukturen zur Sondierung von Handlungsalternativen in den Blick. Aspirationen enthalten Aussagen der Akteure darüber, wie sie ihre Ziele ins Verhältnis setzen zu normativen Lebenslaufmustern, institutionellen Anforderungen, zu Steuerungs- und Kontrollmechanismen und zu den potentiell zur Verfügung stehenden „biographischen Ressourcen“ (Hoerning 1989) wie Qualifikationen, Schulniveau, soziales Netzwerk, Begabungen, Vorbilder, Ratschläge, aber auch eigene Erfahrungen.

Realisationen enthalten den Einsatz von Gelegenheiten unter der Berücksichtigung von Restriktionen und der Anwendung individueller Mittel für die Verwirklichung von beruflichen Optionen (z.B. Bildungsniveau, soziales Netzwerk, Unterstützung durch Elternhaus und Peers).

Bilanzierungen zielen auf Bewertungen von Handlungsfolgen und Kontexterfahrungen, nunmehr in Bezug auf Stationen. Das jeweilige individuelle Resümee bezieht sich auf Erfahrungen in zeitlich unterschiedlich andauernden, z.T. auch abgeschlossenen Stationen (z.B. die Ausbildungsphase). Da es Sozialstrukturereferenzen sind, stellt sich dem Akteur im Zusammenhang der Bilanzierungen auch die zukunftsgerichtete Frage, inwieweit die in den Aspirationen eingeschlossenen biographischen Wissensbestände und darin enthaltenen Relevanzsetzungen anschlussfähig gemacht werden können an die aktuellen Erwartungen und Aufgabenstellungen.

3. Dynamisierung des berufsbiographischen Analysemodells: das BARB-Modell

Die individuelle Gestaltung biographischer Verläufe und damit der Übergänge in unterschiedliche Lebenslaufstationen hängt von den Bilanzierungen (entsprechend der Logik der „Weil-Motive“ i.S.v. Schütz) und den subjektiven Schlußfolgerungen ab, die in die Aspirationen der jeweils folgenden Stationen einfließen. Aufgrund der herausragenden Rolle der Bilanzierungen bei der Verkettung biographischer Handlungen werden die ARB-Elemente zu einem BARB-Modell zusammengefaßt, und damit noch umfassender die *Zeitdimension* (vgl. Voges 1987) in das berufsbiographische Analysemodell integriert.

Mit einem davorgestellten B verkoppelt sich also eine ARB-Schrittfolge mit der nächsten und sorgt für eine Dynamisierung des berufsbiographischen Analysemodells.

Das um den Situations- und Zeitbezug erweiterte Analysemodell hat sich in unserer empirischen Studie als Heu-

ristik bewährt. Die ARB-Elemente erwiesen sich als zentrale Grundlage für die Auswertung biographischer Interviews. Wir haben mit ihnen z.B. individuelle „biographische Chronologien“ (Witzel 1996, S. 62) als Resultat einer stationenspezifischen Analyse angefertigt. Sie gewährleisten in einer komprimierten Form einen fallunabhängigen und ganzheitlichen Überblick über berufsbiographische Verläufe. Für größere Fallzahlen läßt sich das Modell auch zur computer-gestützten Kodierung mit unterschiedlichen Programmen formatfreier Datenbanken anwenden. Insbesondere die Bilanzierungen sind dann Grundlage für die Entwicklung der Typologie von Orientierungs- und Handlungsmustern, die wir „berufsbiographische Gestaltungsmodi“ (vgl. Witzel/Kühn 1998) nennen.

4. Ergebnis der Anwendung des Modells: die retrospektive Konstruktion von Handlungssinn

Ein spezielle Beziehung der analytischen Kategorien Aspirationen und Bilanzierungen besitzt in der Anwendung des Analysemodells eine besondere Bedeutung: den Rückgriff von B' auf A' durch nachträgliche Sinnkonstitution. Die reflexive Zuwendung zu bereits erfolgten Handlungen bekommt insbesondere bei der Untersuchung von Übergangshandlungen eine besondere Rolle zugewiesen. Aufgrund der Ungewißheit der Akteure über die Entscheidungs- und Handlungsfolgen lassen sich in Statuspassagen von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf mit unterschiedlichen Zwischenstufen häufig Handlungen beobachten, die auf vagen oder offen gehaltenen Zielvorstellungen beruhen und dennoch vollzogen werden. Die Betrachtung von Handlungsfolgen zu einem bestimmten Zeitpunkt (in unserem Fall der jeweilige Befragungszeitpunkt) führt zu dem, daß frühere Aspirationen erst durch Handlungsschritte, d.h. durch ein han-

Walter R. Heinz, Werner Dressel, Dieter Blaschke, Gerhard Engelbrech (Hrsg.)

Was prägt Berufsbiographien?

Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik

neu!

Mit einem „Nürnberger Vorwort“ (Dieter Blaschke/Gerhard Engelbrech und einer „Bremer Einleitung“ (Walter R. Heinz/Werner Dressel)

Beiträge von: Reinhold Sackmann/Matthias Rasztar; Thomas Kühn/Jens Zinn; Claudia Born; Jutta Allmendinger/Wolfgang Ludwig-Meyerhofer; Andreas Timm/Hans-Peter Blossfeld/Rolf Müller; Eduard Matt/Gerald Prein/Karl F. Schumann; Johann Behrens/Thomas Elkeles/Detlef Schulz; Gerd Marstedt; Dietrich Milles; Holger Viebrok; Petra Buhr/Markus Gangl/Doris Rentzsch; Johanna Mierendorff; Udo Kelle/Susann Kluge/Thorsten Sommer

Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 215, IAB, Nürnberg 1998
ISSN 0173-6574, 381 S., DM 25,-

delndes "Sich-Einlassen" auf konkrete berufliche Bedingungen formuliert, präzisiert, differenziert werden. Sie können somit nicht nur an Kontur gewinnen, sondern auch korrigiert und umgedeutet werden. Erst in der Auseinandersetzung mit den Handlungsergebnissen, d.h. in den Bilanzierungen wird Akteuren häufig erst klar, was sie "eigentlich" gewollt hatten.

Hierzu ein Beispiel aus unserer Untersuchung: Ein Bankkaufmann (Emil B.) wertet seine Tätigkeit im ersten Interview, d.h. kurz nach der Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb, als nicht gut angesehen und verknüpft diese Bilanzierung unmittelbar mit der Schilderung der Realisation einer neuen Position innerhalb der gleichen Bank. Er beschränkt dabei seine Aspiration auf die Ablehnung der aktuellen Arbeitstätigkeit und die bloßen Nennung der neuen Position: „...Und jetzt bin ich momentan in der Kasse. Aber der Job sagt mir nicht allzu sehr zu. Und jetzt geh' ich dann, am 1.1. hab' ich mich woanders beworben, geh' ich raus aus der Kasse und Richtung Wertpapier erstmal.“ (I, 593).

Bei der Beantwortung der Frage, was er sich von der neuen Arbeitsstelle versprochen habe, ist im zweiten Interview (ca. drei Jahre später) gar nicht mehr

die Rede von der angestrebten Wertpapierabteilung. Die Option hat sich zerschlagen und Emil B. bekommt kurzfristig das Arbeitsfeld Schaltertätigkeit im Kundenservice angeboten. In der ersten Antwort auf eine Interviewfrage, die explizit auf die Aspiration vor Antritt der neuen Position zielt, spricht er zunächst wie im ersten Interview die negative Bilanzierung der Kassentätigkeit an: er habe sich ein „neues Arbeitsfeld“ (II, 83) erhofft. Interessant ist nunmehr, daß es nicht bei dieser knapp formulierten Aspiration bleibt, vielmehr berichtet er ausführlich über die Arbeitsinhalte seiner vielfältigen Schaltertätigkeit (Kundenservice, Kreditsachbearbeitung, Termine, Festgelder, Mahnungen, Buchhaltung und einige andere flexible Einsatzfelder). Daraufhin wiederholt der Interviewer seine Frage nach den Vorstellungen, die er sich von dem Arbeitsplatz vor Beginn seiner dort ausgeübten Tätigkeit gemacht habe. Emil B. antwortet: „Ja, ich mein' man hat halt davon dann die Aufstiegschancen. Wohin man immer auch will. Und man hat ein neues Aufgabengebiet. Man lernt neue Sachen bzw. in dem Fall nicht, weil ich hab's ja auch in der Ausbildung gehabt. Aber man vertieft sein Wissen, seine Erfahrungen, Umgang mit Kunden. Das war eigentlich

Neu editiert und durchgesehen:

Status Passages and the Life Course, Vol. VI:

Udo Kelle

Empirisch begründete Theoriebildung

Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung

Qualitative Forscher nähern sich in ihrem Untersuchungsfeld in der Regel nicht mit präzise operationalisierten Hypothesen, sondern mit offenen Ausgangsfragestellungen, die erst in der Erforschung des Untersuchungsfeldes zu theoretischen Konzepten ausformuliert werden. Die qualitative Sozialforschung greift auf verschiedene Ansätze – wie die *grounded theory* oder die *analytische Induktion* – zurück, die ein solches Vorgehen als „empirisch begründete Theoriebildung“ methodologisch fassen.

Die wissenschaftstheoretische Begründbarkeit und methodologische Zulässigkeit solcher Verfahren ist allerdings umstritten. In der Diskussion erweist sich dabei als ein besonderes Hindernis, daß von qualitativen Methodologen Berührungspunkte zu Debatten der modernen analytischen Wissenschaftsphilosophie eher vermieden als gesucht werden.

Diese Lücke wird in diesem Buch geschlossen, indem Konzepte und Entwicklungen der Wissenschaftstheorie für qualitative Methoden fruchtbar gemacht werden.

Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1994. 393 S. Br DM 58,-/sFr 52,50/öS 423,-
(3 89271 560 2)

2. Auflage 1996!

sationen und Bilanzierungen erfaßt berufsbiographisch ex ante und ex post vorgenommene Handlungsbegründungen, retrospektiv geschilderte Erlebnisse, Handlungen und Erfahrungen sowie deren nachträgliche Bewertungen und Schlußfolgerungen. Sie strukturiert sowohl die Erhebungs- als auch die Auswertungsphase in biographischen Interviews: In der Befragung dient sie der Kontrolle von Nachfragemöglichkeiten und damit der Vergleichbarkeit der Daten, in der Auswertung strukturiert sie situativ und zeitlich die durchlaufene Berufsbiographie und bereitet das Datenmaterial für das Sinnverstehen von Handlungen und die Rekonstruktion von Mustern der Biographiegestaltung auf. Die Kontextualisierung der Handlungen, d.h. die Einbeziehung von konkreten Opportunitäten und Restriktionen, bekommt eine zentrale Bedeutung für die Erklärung berufsbiographischer

Handlungen.

Literatur:

- Esser, H. (1991): Alltagshandeln und Verstehen. Tübingen.
- Esser, H. (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt.
- Giddens, A. (1995): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt, New York.
- Heinz, W.R. (1991): Status Passages. Social Risks and the Life Course: A Conceptual Framework. In: Heinz, W.R. (Hrsg.): Theoretical Advances in Life-Course Research. Weinheim. S. 9-22.
- Heinz, W.R. (1996): Status Passages as Micro-Macro Linkages in Life Course Research. In: Weymann, A., Heinz, W.R. (Hrsg.): Society and Biography. Weinheim. S. 51-66.
- Hoerning, E.M. (1989): Erfahrungen als biographische Ressourcen. In: Alheit, P., Hoerning, E.M. (Hrsg.): Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung. Frankfurt/M., S. 148-163.

das, was ich von dem Ganzen wollte.“
(Hervorhebung A.W.) (II, 121)

Im Grunde lesen sich die angeführten Vorteile seiner neuen Stelle - Aufstiegsschancen, Voraussetzung für vielfältige Arbeitsplätze, Wissen vertiefen, Erfahrungen sammeln, Umgang mit Kunden - gar nicht als Aspirationen, sondern als positive Bilanzierung seines neuen Arbeitsgebietes, d.h. als Folge des im Verlaufe seiner Arbeit angeeigneten Wissens und seiner Erfahrungen. Erst mit dem letzten Satz des Zitats läßt sich diese Vorteilsrechnung, die wie eine Bilanzierung klingt, als Aspiration rekonstruieren. Obwohl dieser neue Arbeitsplatz mit der ursprünglich angestrebten Wertpapierabteilung nichts zu tun hat, vermittelt Emil B. den Eindruck einer biographischen Kontinuität, die er selbst hergestellt hat. Wie in einem Modell einer rationalen Entscheidung macht er dem Interviewer die aufgrund seiner Erfahrungen mit der neuen Stelle entwickelten Bilanzie-

rungen als ex ante bestehende Entscheidungsgrundlage, d.h. als Aspirationen für diesen Arbeitsplatz, vorstellig.

Mit dieser Konstruktion - die Handlungsbegründungen werden vom Blickwinkel der hergestellten Handlungsergebnisse her so dargestellt, als hätten sie in dieser Form bereits vor den Handlungen existiert - reklamieren Individuen eigenverantwortliches Handeln und machen sich selbst zum Subjekt ihrer Biographie.

5. Fazit

Mit der Entwicklung des Analysemodells wurde ein forschungspraktisch fundierter Versuch unternommen, handlungstheoretische sowie biographie- und lebenslauftheoretische Aspekte zu integrieren um berufsbiographische Handlungen mit dem Schwerpunkt auf der Konstitution des Handlungssinns zu analysieren. Die dabei angewandte Heuristik mit den Grundelementen Aspirationen. Realis-

- Kelle, U., Lüdemann, Chr. (1995): „Grau, teurer Freund ist alle Theorie...“ Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47 (2), S. 249 - 267.
- Kelle, U., Lüdemann, Chr. (1996): Theorie-reiche Brückenannahmen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48, (3), 542-546.
- Kohli, M. (1989): Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. In: Brock, D. et al. (Hrsg.): *Subjektivität im gesellschaftlichen Wandel*. München, S. 248-278.
- Luckmann, Th. (1992): *Theorie des sozialen Handelns*. Berlin/New York.
- Mayer, K.U. (1990) (Hrsg.): *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderband 31, Opladen.
- Mönnich, I., Witzel, A. (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis; *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE)* 14. Jhrg., H. 3, 263-278.
- Schütz, A. (1974): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt/M.
- Voges, W. (1987): Zur Zeitdimension in der Biographieforschung. In: Voges, W. (Hrsg.): *Methoden der Biographie- und Lebenslauforschung*. Opladen, S. 125-141.
- Weymann, A. (1989) (Hrsg.): *Handlungsspielräume*. Stuttgart.
- Witzel, A. (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews. Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, R.; Böttger, A. (Hrsg.): *Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 49-76.
- Witzel, A., Kühn, T. (1998): *Berufsbiographischen Gestaltungsmodi* (unveröffentlichtes Manuskript).

Nachrichten aus dem Sfb

Personalia

Habilitationen

Habilitiert wurde *Dr. Reinhold Sackmann* mit der Arbeit: „Konkurrierende Generationen auf dem Arbeitsmarkt“.

Promotionen

Promoviert haben *Christian Erzberger* (B1), *Matthias Rasztar* (A4), *Lars Kaschke* (D1), *Ralf Bohrhardt* (D3) und *Susann Kluge* (Z-Methoden).

Berufungen und Ämter

Prof. Dr. Helga Krüger wird von August 1998 bis April 1999 das Sprecheramt des Sfb 186 übernehmen. Stellvertretender Sprecher ist *Prof. Dr. Stephan Leibfried*.

Prof. Dr. Ansgar Weymann hat einen Ruf an die Universität Lüneburg abgelehnt. Er ist in den Beirat des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung und mit seiner Projektgruppe vom Wissenschaftsrat in die Expertenanhörung Hochschulstudium und Arbeitsmarkt berufen worden.

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld hat zum WS 1998/99 einen Ruf auf die C4-Professur „Allgemeine Soziologie, insbesondere Theorie und empirische Analy-

se von Sozialstrukturen und Wirtschaftssystemen“ an die Universität Bielefeld angenommen. Er wird weiterhin die Leitung des Projekts B6 im Sfb 186 „Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich“ übernehmen.

Prof. Dr. Winfried Schmähl wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialpolitik des Vereins für Socialpolitik gewählt. Weiterhin wurde er in die Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den 3. Altenbericht (Bericht der Bundesregierung zur Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland) berufen.

Prof. Dr. Walter R. Heinz ist zum Direktor des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) in Köln bestellt worden.

Dr. Reinhold Sackmann wird im WS 1998/99 eine Lehrstuhlvertretung im Fach Soziologie an der Universität Saarbrücken übernehmen.

Gastwissenschaftler/innen im Sfb

1997 und 1998 haben folgende Gastwissenschaftler/innen im Sfb gearbeitet:

- *Prof. Harvey Krahn* (University of Alberta, Edmonton)

- *Prof. Antonio Cobalti* (Università di Trento),
- *Lars-Ove Seljestad* (Universität Bergen),
- *Prof. John Hagan* (University of Toronto),
- *Prof. Angela O’Rand* (Duke University),
- *Prof. Phyllis Moen* (Cornell University),
- *Dr. David Huizinga und Amada Elliott* (University of Colorado at Boulder)
- *Teresa Kleba-Lisboa* (Universität Florianopolis, Brasilien)
- Für das Jahr 1999 sind als Gastwissenschaftler/innen eingeladen worden: *Dr. Wim van der Kloot* (Universität Leiden), *Prof. Nigel Fielding* (University of Sussex), *Prof. Glen Elder* (University of North Carolina, Chapel Hill).

Neue Kolleg/innen

- PD *Dr. Andreas Böttger* (A3)
- *Susanne Falk*, (A4)
- *Michael Windzio* (A4)

Ausgeschieden

Dr. Udo Kelle (Z-Methoden) ist seit Oktober 1998 Akademischer Rat an der Universität Vechta. Er wird als korres-

pondierendes Mitglied weiterhin mit dem Sfb 186 zusammenarbeiten.

Dr. Matthias Rasztar (A4) hat zur Marketingabteilung von Unilever Deutschland in Hamburg gewechselt.

Heidi Noltenius, Verwaltungsleiterin des Sfb 186 seit 1988, ist zum 1. Mai 1998 in den Ruhestand getreten. Ihre Nachfolgerin ist *Anne Schlüter*.

IAB-Kontaktseminar beim Sfb 186

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit hat zum zweiten Mal (nach 1989) die Fortbildung der im IAB tätigen Wissenschaftler/innen beim Sfb 186 durchgeführt. Das „IAB-Kontaktseminar“ fand vom 15. bis 19. September 1997 statt. In diesem Seminar stellten die 12 Sfb-Projekte die Ergebnisse ihrer Forschung dar und diskutierten mit den Teilnehmer/innen. Ein Gastreferat wurde von Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Universität München) gehalten. Weiterhin informierten sich die Seminarteilnehmer/innen über das Thema „Technologietransfer Universität – Wirtschaft in Bremen“. Den Abschluß bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schöne neue Arbeitswelt - Jobs statt auswärtige Berufe?“, an der auch Experten teilnahmen.

Die Beiträge des Seminars wurden herausgegeben in dem Band „Was prägt Berufsbiographien? - Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik“ (Hrsg. Walter R. Heinz, Werner Dressel, Dieter Blaschke und Gerhard Engelbrech) (s.a. Anzeige S. 22).

Internationales Symposium in Toronto

Der Sfb 186 hat gemeinsam mit dem Institute for Human Development, Life Course and Aging an der University of Toronto vom 7. bis 9. Mai 1998 in Toronto ein internationales Symposium „Restructuring of Work in the Life Course“ veranstaltet. Die Tagung brachte 250 Lebenslaufforscher (von Singapur bis Norwegen, überwiegend aber aus Kanada und den USA) und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und

Grußwort des Rektors der Universität Bremen Prof. Dr. Jürgen Timm zum 10jährigen Bestehen des Sonderforschungsbereichs 186

Am 1. Juli 1988 wurde der Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität Bremen eingerichtet. Er dient der Langzeitbeobachtung von Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf Lebenslauf und Lebensführung in Deutschland. Diese vielschichtige Fragestellung untersuchen die Projekte des Sfb in innovativer Art und Weise, indem sie verschiedene Forschungsmodelle der empirischen Sozialforschung verbinden. Dieses Programm ist herausgewachsen aus der Forschungsförderung unserer Universität, die durch die Einrichtung von Forschungsschwerpunkten in den 80er Jahren die Basis für fächerübergreifende Grundlagenforschung gelegt hat. Die von Beginn an an der Universität betonten Prinzipien der wissenschaftlichen Produktivität in Forschung und Lehre, nämlich Interdisziplinarität, Problemorientierung und Gesellschaftsbezug spiegeln sich in der inzwischen breit anerkannten sozialwissenschaftlichen Forschung des Sfb 186. Unsere Universität hat seither drei weitere Sonderforschungsbereiche (Meeresforschung, Produktionstechnik und Kognitionsforschung) aufzuweisen. Aber, und das gilt es festzuhalten, der Sfb 186 war das erste „Centre of Excellence“ an der Universität Bremen und ist zur Zeit der einzige soziologisch ausgerichtete Sonderforschungsbereich in Deutschland. Gründung und Ausbau des Sfb 186 ist wahrhaft eine Erfolgsstory: bisher vier erfolgreiche Begutachtungen durch die DFG, insgesamt 60 wissenschaftliche und Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine effektive wissenschaftliche Nachwuchsförderung mit bisher 15 Promotionen, 9 Habilitationen, und sieben Berufungen an anderen Universitäten und nicht zuletzt internationale Anerkennung sprechen eine deutliche Sprache.

Ich wünsche den am Sfb 186 tätigen Professorinnen und Professoren, den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen sowie den Dienstleistern, daß sie ihr Forschungsprogramm bis ins nächste Jahrhundert fortsetzen können.

Bremen, im Juli 1998



Prof. Dr. Jürgen Timm

Gewerkschaft zusammen, um Forschungsergebnisse über die Auswirkungen der Umstrukturierung von Arbeit auf den Lebenslauf zu präsentieren und Forschungs- sowie Politikperspektiven zu diskutieren. Zu den Sponsoren gehörten das Social Sciences and Humanities Research Council of Canada, Labour Canada, Human Resources Development Canada und die University of Toronto.

In fünf Plenarveranstaltungen wurden

die Themen „Arbeit und Lebenslauf“, „Übergänge von Bildung in Beschäftigung“, „Neue Strukturen im Verhältnis von Arbeit, Familie und Karriere“, „Politik- und Forschungsperspektiven“ vorgestellt; in sechs Plenarveranstaltungen wurden Themen wie Arbeit und Geschlecht; staatliche, Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik; Schichtarbeit und Gesundheit; Arbeit, Erwerbslosigkeit und Gesundheit; Berufsausbildung in Kanada und Deutschland sowie Geschlecht, Rasse, ethnische Bezie-

hungen und die Restrukturierung von Klassenbeziehungen diskutiert. Dazu kamen Referate in zwanzig Workshops bzw. Diskussionsforen zu ausgewählten Themen. Victor Marshall, Helga Krüger und Walter R. Heinz werden ein Buch mit ausgewählten Beiträgen 1999 bei der University of Toronto Press herausgeben.

Workshop „Cross-National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“

In diesem Workshop, der vom 9. bis 11. Juli 1998 vom Sfb186 veranstaltet wurde, diskutierten Forscher aus verschiedenen Teilprojekten mit im internationalen Vergleich erfahrenen KollegInnen ihre Ergebnisse.

Aus den Teilprojekten B6 stellte Karin Kurz Erfahrungen mit dem deutsch-amerikanischen Vergleich der Muster für Rückkehr von Müttern in Berufstätigkeit dar; Ralf Bohrhardt von D3 entwickelte ein differenziertes Bild der Unterschiede des Wohlfahrtssystems in den USA und Deutschland. Ausführlicher erörtert wurden erste Ergebnisse des Kooperationsprojekts „Vocational Training and Delinquency“, das das Teilprojekt A3 mit Wissenschaftlern der University of Colorado in Boulder durchführt (vgl. Schumann/Ehret in diesem report, S. 11 ff.).

Ein breiterer Kontext wurde hergestellt durch Berichte über ein britisch-deutsches Vergleichsprojekt zur Berufsausbildung (J. Bynner/ W. R. Heinz), einen sechs EU-Städte betreffenden Vergleich des Drogenkonsums von Schülern (Quensel) und eine differenzierte, die Alltagskultur der USA und Deutschland vergleichende Analyse (Savelsberg). Daten aus Longitudinalstudien in Neuseeland und Pittsburgh (USA) über Wege in Arbeitslosigkeit (Caspi/Moffitt) sowie eine Gegenüberstellung deutscher und amerikanischer Befunde über die Bedeutung von Strafverfolgungsmaßnahmen bei Weichenstellungen in kriminelle Lebensläufe (Boers) ergänzten die Erörterung der Strukturierungen von Biographienphasen im internationalen Vergleich.

Die Diskussionen durchleuchteten sehr produktiv die Komplexität internationaler Vergleiche und konturierten Wege, wie durch Begrenzung von Fragestellungen und Vergleichsräumen (de Haan) komparative Forschung intern valide gemacht werden kann.

Neue Bücher im Sfb

• *Ulrike Nagel* 1997: Engagierte Rollendistanz – Professionalität in biographischer Perspektive. Leske + Budrich, Opladen.

• *Volker Mariak/ Susann Kluge* 1998: Zur Konstruktion des ordentlichen Menschen – Normierungen in Ausbildung und Beruf. G.A.F.B.-Verlag, Frankfurt/Main.

• *Hans-Peter Blossfeld/Gerald Prein (eds.)* 1988: Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Westwood Press, Boulder.

• *Walter R. Heinz/Werner Dressel/Dieter Blaschke/Gerhard Engelbrech (Hrsg.)* 1998: Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. BeitrAB 215, IAB, Nürnberg.

• *Lutz Leisering/Robert Walker (eds.)* 1998: The Dynamics of Modern Society - Poverty, policy and welfare. Polity Press, Bristol.

• *Lutz Leisering/Stephan Leibfried* 1998: The Dynamics of Welfare – Time, Life and Poverty in Germany. Cambridge University Press, Cambridge (im Erscheinen).

• *Christian Erzberger* 1998: Zahlen und Wörter - Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß. Vol. 11 der Reihe "Status Passages and the Life Course". Deutscher Studien Verlag, Weinheim (im Erscheinen).

• *Ralf Bohrhardt* 1998: Ist wirklich die Familie schuld? Familialer Wandel und soziale Probleme im Lebensverlauf. Leske + Budrich, Opladen (im Erscheinen).

• *Susann Kluge* 1988: Empirisch begründete Typenbildung in der quali-

tativen Sozialforschung. Leske + Budrich, Opladen (im Erscheinen).

Neuere Arbeitspapiere des Sfb 186

Böhm, Uta Heide (1998): Soziale Herkunft und Schulerfolg Landjugendlicher. Eine Analyse des Bildungserfolges Jugendlicher aus ländlichen Regionen der neuen Bundesländer. Nr. 48

Struck, Olaf; Rasztar, Matthias; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias (1998): Die Generation der Wendezeit: Erfolgreich, nüchtern und enttäuscht. Nr. 49.

Cramm, Cathleen; Blossfeld, Hans-Peter; Drobnic, Sonja (1998): Die Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf auf das Krankheitsrisiko von Frauen. Nr. 50.

Die Arbeitspapiere des Sfb 186 können gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5,- über die Zentrale Geschäftsstelle bezogen werden.

Impressum

Herausgeber:

Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen

„Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“

Postfach 330440

28334 Bremen

Tel.: 0421/218 4150

Fax: 0421/218 4153

email: wdre@sfb186.uni-bremen.de

http://www.sfb186.uni-bremen.de

Redaktion:

Werner Dressel,

Dr. Gerd Marstedt

Gestaltung:

Werner Dressel

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck; Beleg erbeten

ISSN 0946-283X